Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 16.) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Breslau b. Emil Kabath.

Posener Zeitung.

Einundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank“.

Nr. 97.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 8. Februar
(Erscheint täglich dreimal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen die Petitzeile 50 Pf., sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1878

Die kaiserliche Botschaft.

Durch andere Pflichten verhindert, konnten wir gestern der Thronrede, welche uns Nachmittags in einem ausführlichen Telegramm mitgetheilt war, nur eine flüchtige Betrachtung widmen, so daß wir uns zu einem kleinen Nachtrag bewogen finden. Zunächst ein Wort über den Gesammteindruck! Die Thronrede enthält wenig Neues, da die Vorlagen, welche die Regierung in Aussicht stellt, schon vorher bekannt waren. Nach dieser Seite hin bekundet der Verzicht auf Originalität eine lobenswerthe Praxis der Regierung. Auffallend ist es jedoch, daß die Fassung der Thronrede durchaus nicht der Bedeutung entspricht, welche man allgemein dieser Reichstagssession beilegt. Wir glaubten gestern den Mangel jeder Hindeutung auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Parlamentsarbeiten der Kürze des Telegramms zuschreiben zu müssen, indessen haben wir beim Durchlesen des vollständigen Wortlauts (Vrgl. unser letztes Mittagblatt) keinen anderen Eindruck erhalten. Sowohl die Finanzvorlagen wie der Gesetzentwurf über die Stellvertretung des Reichskanzlers berühren die wesentlichsten Fragen des Reichsgrundgesetzes und sollen weittragende Neuerungen herbeiführen, was zu hochernsten Erörterungen Anlaß giebt, aber sie werden mit demselben unbefangenen Ton angekündet wie die Rechtsanwaltordnung oder die Novelle zum Gesetz über die Unterdrückung der Rinderpest.

Der Verfasser oder vielmehr Redakteur der kaiserlichen Botschaft ist offenbar nur bemüht gewesen, jede Vorlage mit verbindlichen Worten einzuführen und die Geschäftsliste mit einigen oratorischen Verzierungen zu umgeben. So gleicht die Thronrede einer eleganten Hausfrau, die jeden Auftrag, ob groß oder klein, leicht oder schwer ausführbar, mit demselben stereotypen Lächeln begleitet. „Lieber Reichstag, sei so freundlich Mehreinnahmen zu schaffen!“ Oder: „Liebe Herren, wir wollen dem guten Reichskanzler eine ordentliche Stellvertretung besorgen! Bitte, es wird schon gehen!“

Was das Gesetz über die Stellvertretung des Reichskanzlers betrifft, so dürfte die Ankündigung der Vorlage nach zwei Seiten hin, Unerwartetes bringen. Da die Vorlage noch der Berathung des Bundesrathes unterliegt und von diesem zurückgewiesen werden kann, so konnte man nach dem früheren Gebrauche wohl kaum erwarten, daß sie bereits in der Thronrede in Aussicht gestellt werden würde; da aber die Ankündigung für zweckmäßig erachtet wurde, so wird man gewiß mehr erwartet haben. Die „Nat. Ztg.“ betrachtet den Gesetzentwurf als die „wichtigste Vorlage, welche der ganzen Session ihr geschichtliches Gepräge zu geben bestimmt ist.“ Dieser Anschauung, welche wohl eine ziemlich allgemeine ist, entsprechen die Sätze, womit die Regierung den Gesetzentwurf bei der Reichsvertretung einführt, nicht im Mindesten. Selbst die „Nat. Lib. Korr.“ zeigt sich einigermaßen enttäuscht. „Der dem Bundesrathe vorgelegte Gesetzentwurf, sagt das Organ der nationalliberalen Partei welcher die volle Stellvertretung des Reichskanzlers ermöglichen soll, ist seit fast zwei Wochen bekannt. Aber grade weil das demselben im Bundesrathe bevorstehende Schicksal noch dunkel ist, gewann die Frage, ob und wie er in der Thronrede angekündigt werde, doppelte Wichtigkeit. Die Thronrede bezeichnet ihn als eine „Ausfüllung einer Lücke in dem Wortlaut der Verfassung.“ Harmloser in der That kann ein Gesetzesvorschlag nicht eingeführt werden, von welchem alle Welt theils hofft, theils fürchtet, daß er den Ausgangspunkt einer ganz neuen Gestaltung der Zentralverwaltung des Reichs bilden werde. Und doch trifft jene Bezeichnung den Nagel auf den Kopf. Was die Stärke der Stellvertretungsvorlage ausmacht, ist ihre Selbstverständlichkeit. Die Lücke in der Verfassung ist, wie die Reichstagsverhandlungen des vorigen Jahres über den Urlaub des Kanzlers dargethan haben, unbestreitbar vorhanden; ihre Ausfüllung ist eine unabweisbare Nothwendigkeit, und der in dem Gesetzentwurf vorgeschlagene Weg dazu der nächstliegende und einfachste. Nach all dem Weh und Ach, womit die Kanzlerkrisis in den parlamentarischen Reden wie in der Presse begleitet worden ist, nimmt sich dieser Ausgang freilich recht nüchtern aus. Aber wir sehen darin kein Unglück. Daß die Angelegenheit sich in allen Stadien mit der gleichen Ruhe abwickeln werde, ist allerdings stark zu bezweifeln. Irgend ein Grund, sich in tragischen Prophezeiungen zu ergehen, ist aber bis jetzt durchaus nicht vorhanden.“

Wir lassen diesen Trost gelten, da es uns nicht zweifelhaft ist, daß die Regierung trotz der glatten Ruhe, welche sie in der Thronrede zur Schau trägt, ebenso tief durchdrungen ist als irgend wer, daß die gegenwärtige Session des Reichstages einer tiefbewegten See gleichen wird, auf der wir manche Mühsal ausstehen, aber auch eine neue Welt finden können.

Die Stimmung, heißt es in dem zitirten Artikel der „Nat. Lib. Korresp.“, mit welcher der Reichstag in die Session eintritt, ist keine gehobene, noch weit weniger aber eine verzweifelte. Der gegenwärtige Augenblick — das fühlen Alle — ist von verhängnißvoller Bedeutung; aber bei allseitig gutem Willen der wahren Patrioten kann die nächste Zeit zum verheißungsvollsten Wendepunkte für die ganze fernere Entwickelung des Reiches werden.

Zum Kommunalsteuergesetz.

§ **Berlin**, 6. Februar. Ueber die Berathungen der Kommission des Abgeordnetenhauses, welche sich mit dem Gesetzentwurf, betreffend die Aufbringung der Gemeindeabgaben, zu beschäftigen hatte, liegt nunmehr der sehr umfangreiche Bericht des Abg. Dr. Meyer-Breslau vor. Aus der Fülle hochinteressanter Fragen, welche er enthält, tritt zunächst als die wichtigste hervor: „Beruht der vorliegende Gesetzentwurf auf dem richtigen Prinzip?“ „Das Prinzip des Gesetzentwurfs, führt der Bericht aus, ist in dem § 1 enthalten, es werden hiernach zwei Arten von Abgaben neben einander gestellt: die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern und die besonderen Abgaben vom Realbesitz. Das System der Zuschläge zu den direkten Abgaben ist vollständig ausgebildet, mit der größten Sorgfalt durchgeführt und so eingerichtet, daß es nach § 9 kraft des Gesetzes, ohne einen ausdrücklich darauf gerichteten Gemeindebeschluß, von selbst in Kraft tritt. Dieser Regel gegenüber treten die besonderen Realabgaben nur als Ausnahme auf. Kaum einige spärliche Andeutungen kommen auf diese den Gemeinden gewährte Licenz zurück“ „Für das Prinzip selbstständiger Realsteuern, die von den Gemeinden zu erheben seien, haben sich bereits bei der ersten Lesung im Plenum drei Redner in sehr umfassender und gründlicher Weise ausgesprochen und die Ausführungen derselben wurden von einzelnen Kommissionsmitgliedern wieder aufgenommen Dieselben bezeichneten es als selbstverständlich, daß, wenn man von einer selbstständigen, kommunalen Realabgabe spreche, damit nicht gemeint sein könne, lediglich die Staatsgrundsteuer und die Staatsgebäudesteuer in ihrer gegenwärtigen Gestalt dem Staate abzunehmen und auf die Gemeinden zu übertragen; denn diese Steuern, wie sie durch die Gesetzgebung von 1861 geordnet seien, entsprächen nicht den Anforderungen, welche an eine dem lebendigen Flusse der Dinge folgende Kommunalsteuer zu richten seien. Die Grundsteuer sei in jener Gesetzgebung vollständig zur Rente geworden und keiner Entwickelung fähig; die Gebäudesteuer entwickele sich nicht organisch von Jahr zu Jahr mit dem Anwachsen der Gemeinden, mit der Vermehrung ihrer Bevölkerung und Bedürfnisse, sondern es trete stoßweise, in Zwischenräumen von 15 Jahren eine neue Einschätzung ein, die selbstverständlich der Regel nach eine Erhöhung sei und in ihren Wirkungen vollständig wie eine Belastung durch eine neue Steuer empfunden werde; sie sei unfähig, dem von Jahr zu Jahr wechselnden Bedürfniß der Gemeinden sich anzuschließen. Grund- und Gebäudesteuer in ihrem Zusammenhang wiesen aber auch Lücken auf, welche steuerfähige Objekte ganz außer Betracht lassen. Insbesondere gelte dies von Baustellen auf städtischem Terrain, die trotz ihres zu Zeiten gewaltig steigenden Werthes, von einer höheren Steuerpflicht nicht betroffen würden, so lange man sie der Bebauung vorenthalten könne. Hierin sei ein besonderer Anreiz zur Bauspekulation, zur Zurückhaltung in dem Aufbau neuer Gebäude geboten, worauf dann periodisch eine Ueberproduktion in Gebäuden folge, so daß der Keim für die einander abwechselnd folgenden Epochen der Wohnungsnoth und der städtischen Grundkreditnoth, der Bedrängniß der Miether und der Bedrängniß der Vermiether gegeben sei. Der Begriff einer Realsteuer bringe es mit sich, daß man die Steuerlast nicht allein auf den unbeweglichen, sondern auch auf den beweglichen, werbenden Besitz, auf Handelsvorräthe, auf Maschinen und andere Fabrikationseinrichtungen lege. Nach dieser Richtung hin die Steuerkraft der Gemeinde-Einwohner zu treffen, sei die Staatsgewerbesteuer in ihrem gegenwärtigen Zustande ebensowenig fähig, wie die Grund- und Gebäudesteuer dem Grundbesitze gegenüber. Wer sich also für eine selbstständige kommunale Realabgabe ausspreche, der könne nicht einfach verlangen, daß diese Abgabe nach demselben Maßstabe erhoben werde, wie jene drei Steuern, sondern er müsse den Wunsch hegen, daß eine selbstständige Kommunalabgabe vollständig neu geschaffen werde.“ „Von anderer Seite her wurden diese Ausführungen lebhaft bestritten. Was in der bezeichneten Steuer etwa als gesund betrachtet werden könne, sei in der Berliner Miethssteuer vollständig gegeben. Jede Art von sogenannter Luxussteuer habe indessen die schwersten Bedenken gegen sich. . . . Das System der Zuschläge zu den Staatssteuern habe gerade den großen Vortheil, dahin zu wirken, daß die einzelnen Klassen der Bevölkerung mit annähernd gleichem, mindestens aber mit billigem Maße zu den Lasten der Kommune herangezogen werden. Schaffe man neben jenem System der Zuschläge besondere Abgaben vom Besitze, dem unbeweglichen oder dem beweglichen, so verliere man den Maßstab für eine gleichmäßige Belastung und setze sich der Gefahr aus, den Grundbesitz oder den Gewerbebetrieb zu überbürden. Eine allgemeine kommunale Real-Steuer, die den vielen Besonderheiten von Leistung und Gegenleistung Rechnung trage, sei praktisch schwerlich durchzuführen und würde den größten Hader und Zwiespalt in die Gemeinde hineintragen.“ „Gegen die Staatssteuerzuschläge wurde geltend gemacht, daß hierdurch leicht eine ungerechte Ueberbürdung entstehen könne. Keine Steuer sei so fein ausgearbeitet, daß sie eine Steigerung bis über einen gewissen Betrag hinaus ertrage. Schon der Gesetzgeber sei außer Stande, bei der Formulirung des Gesetzes alle die Umstände, welche auf Steuerkraft und Steuerpflicht von Einfluß seien, genau zu berechnen. Es gebe keine ideale Steuer, die in die Form eines Gesetzes gefaßt werden könne, denn bei dem Erlasse eines jeden Steuergesetzes machen sich neben den Anforderungen der Gerechtigkeit auch diejenigen der Einfachheit und der Uebersichtlichkeit geltend. Sei schon die Steuergesetzgebung vermöge der Natur der Dinge unvermeidlich mit gewissen Fehlern behaftet, so steigern sich diese Fehler bei der Ausführung der Steuer für den einzelnen Fall. Es entstehen in Folge von Irrthümern einzelne Härten, einzelne Ungerechtigkeiten, die ertragen werden könnten, so lange sie ein gewisses Maß nicht übersteigen, die aber drückend werden, sobald die Steuer einen übermäßigen Umfang annimmt. . . . Eine Abstimmung über die hier einander entgegenstehenden Prinzipien hat nicht stattgefunden, da auch die Anhänger der selbstständigen Kommunalsteuer sich überzeugten, daß es den bestehenden Verhältnissen gegenüber geboten sei, sich auf den Boden der Regierungsvorlage zu stellen, das Prinzip der Staatssteuerzuschläge, wie es dort formulirt ist, anzunehmen. Die Regierungs-Kommissarien erklärten mit Rücksicht auf diese Kontroverse, daß die Regierung es nicht habe auf sich nehmen wollen, etwas völlig Neues, Unbewährtes zu schaffen; sie habe vielmehr ihre Aufgabe darin erkannt, das Bestehende zu konsolidiren und in Einzelheiten zu verbessern. So sei sie zu dem Prinzip der Zuschläge gekommen; sie habe sich nicht entschließen können, selbstständig mit dem Versuche einer neuen Kommunalsteuer vorzugehen, sie stehe aber einem solchen Gedanken keineswegs feindselig gegenüber. Ihre theoretische Ansicht gehe nicht etwa dahin, daß das Prinzip der Staatssteuerzuschläge das absolut beste sei, sie habe sich nur außer Stande gefühlt, unter den gegebenen Verhältnissen praktisch etwas besseres zu schaffen. Wolle eine Kommune es auf sich nehmen, von der Möglichkeit, die ihr im zweiten Absatz des § 1 geboten sei, Gebrauch zu machen, so werde sie bei der Regierung eine unbefangene Prüfung und wohlwollendes Entgegenkommen finden.“

Die Russen, so meldet eine aus Konstantinopel über Indien und Aegypten nach London kommende, freilich noch unbestätigte Depesche, sind in Konstantinopel eingezogen. — Das von jeder russischen Phantasie geträumte, von Anderen gefürchtete Ereigniß wäre also eingetreten. Jede direkte Nachricht hierüber steht noch aus und damit die Möglichkeit, eine authentische Erklärung für diesen, wenn überhaupt thatsächlich, jedenfalls überraschenden Zug der russischen Politik zu finden Wir erhalten nur den Reflex desselben auf die englischen Gemüther durch die Uebermittlung der Preßurtheile Englands, die überwiegend leidenschaftlich und kriegerisch die fieberhaft erregte öffentliche Meinung wiederspiegeln. Man hält die Ehre Englands für gekränkt und verlangt Reparation derselben. Nur die „Times“ warnt vor unzeitiger Aufregung und weist auf die friedliche Thronrede des deutschen Kaisers hin, als des besten Bürgen für die friedlichen Absichten Rußlands. Zugleich kommt eine Nachricht, die auf dies Ereigniß ein neues, vielleicht zur Aufhellung des Räthsels geeignetes Streiflicht wirft. Ein Korrespondent der „Daily News“ in Adrianopel hatte am 27. v. M. ein Unterredung mit Server Pascha, worin letzterer erklärte, die Türkei sei durch das Versprechen englischer Unterstützung irregeleitet und ermuntert worden, den Kampf fortzusetzen. Namentlich hätten Lord Beaconsfield und Lord Layard die Pforte in jenem falschen Glauben bestärkt. Er (Server) werde die bezüglichen Beweisdokumente veröffentlichen. Schließlich erklärte Server, er akzeptire nun die russische Politik u. Allianz. Ist in dem Einzug der Russen in Konstantinopel schon die erste Wirkung der neuen Wendung der türkischen Politik nach Rußland hin zu sehen? Ist dieser Einzug vielleicht in einem besonderen Paragraphen der adrianopeler Präliminarien stipulirt worden? Sind die gesammten Friedensunterhandlungen und ihre scheinbaren Verzögerungen nicht auch unter dem Gesichtspunkt dieser neuen Wendung zu betrachten? Ist der Sturz des Vezierates und die Bildung eines funkelnagelneuen Ministeriums nach russischem Wohlgefallen die erste Besiegelung dieses Umschwungs gewesen? Alle diese Fragen harren der Aufklärung, die uns schon die nächsten Stunden bringen können.

Deutschland.

△ **Berlin,** 6. Februar. In der Sitzung des Bundesraths vom 22. v. M. wurde, wie schon mitgetheilt worden, die Erstattung der Ausgaben für Kasernements-Einrichtungen an Baden, Hessen und Mecklenburg-Schwerin ebenso wie früher an Sachsen und Württemberg beschlossen. Gegen diesen Beschluß wurde hervorgehoben, alle Staaten hätten Eigenthum in das Reich inferirt und mit Landesmitteln Kasernen gebaut, die einfach in das Reichseigenthum übergegangen seien. Handle es sich um Erstattung, so sei der Billigkeitsgrund für Alle zutreffend, und man müsse zu einer allgemeinen Liquidation kommen, die aus nahe liegenden Gründen besser vermieden werde. Es sei also zu wünschen, daß man weitere Ansprüche überhaupt nicht zulasse. Ob insonderheit bei den Staaten, die Militärkonventionen geschlossen, die Militärnachlässe mit den Baulasten konnex seien, stehe keineswegs fest. Dem gegenüber sprach der Vorsitzende die Ansicht aus, daß sowohl den schon früher anerkannten Erstattungsansprüchen Sachsens und Württembergs, als auch den Ansprüchen von Baden, Hessen und Mecklenburg-Schwerin, deren Anerkennung soeben beschlossen worden, besondere Verhältnisse zu Grunde liegen, welche den Ansprüchen anderer Staaten voraussichtlich nicht in gleicher Weise zur Seite stehen würden. — Die Frage in Betreff des Schlusses der Landtagssession hat heute ihre Lösung im Sinne des Forttagens bis zum erhofften Abschluß des Ausführungsgesetzes erhalten. Der Ministerrath, welcher gestern im Abgeordnetenhause abgehalten wurde, war zu dem Beschluß gekommen, sich zu versichern, inwieweit im Herrenhause Bereitwilligkeit vorhanden sei, die Berathungen seiner Justizkommission möglichst rasch zu fördern. Denn hier lag der Zweifel, um dessentwillen namentlich der Justizminister auf das Zustandekommen des Ausführungsgesetzes verzichten zu müssen glaubte. Nachdem heute die Gewißheit erlangt worden, daß es an dem guten Willen des Herrenhauses und seiner Justizkommission nicht fehlen werde, kam der Ministerrath auf seine frühere, in der vorigen Nummer der „Prov.-Corr.“ ausgesprochene Ansicht zurück Es bedurfte vor Mittheilung dieses Beschlusses an das Abgeordnetenhaus der Zustimmung des Kaisers, welche sofort durch den Minister Friedenthal eingeholt wurde. So konnte denn heute die betreffende Mittheilung dem Abgeordnetenhause gemacht werden. Die heutige „Prov.-Corr.“ war

schon vor dem Abschluß der Angelegenheit ausgegeben worden und konnte daher nur erst die Absicht einer versöhnlichen, den Wünschen des Abgeordnetenhauses entgegenkommenden Lösung ankündigen. Es geschieht dies in einem „Der Schluß des Landtags und die Justizgesetze“ überschriebenen Artikel, welcher die diesbezüglichen bekannten Vorgänge rekapitulirt. — Der Handelsminister hat Ende vorigen Monats der Handelskammer zu Kassel auf Anfrage eröffnet, daß die königlichen Eisenbahnverwaltungen angewiesen sind, darauf zu achten, daß die von ihnen eingerichteten Verkehrs- und Reklamationsbureaus sich in genauer und laufender Kenntniß der Tarife erhalten und alle bezüglichen Anfragen möglichst schleunig beantworten. Die Vorstände der Privatbahnen sind gleichzeitig aufmerksam gemacht worden, diesem Gegenstande dieselbe Aufmerksamkeit zuzuwenden. — Heute ist die Eisenbahn zwischen Mühlhausen im Elsaß und Mühlhausen in Baden eröffnet worden, welche zugleich dem Postverkehr übergeben ist.

— Nach einer kürzlich ergangenen Erläuterung ist die Bestimmung des Ministerialerlasses vom 3 November 1875, daß „die Insertion amtlicher Bekanntmachungen in Privatzeitungen von offenkundig deutsch-, reichs- und preußenfeindlicher, oder von entschieden oppositioneller Richtung grundsätzlich zu vermeiden sei“, auch bezüglich der von den staatlichen Schulaufsichtsbehörden und Schulverwaltungsorganen ausgehenden Bekanntmachungen ausnahmslos zu beachten. Die genaue Befolgung jener einem Staatsministerialbeschlusse entsprechenden Bestimmung soll genau überwacht werden.

— Bei dem allgemeinen Interesse, welche die sogenannte Unteroffizierfrage darbietet, ist es bemerkt worden, daß, wie schon erwähnt, aus der Verwendung des preußischen Antheils an den Ersparnissen der französischen Verpflegungsgelder für die deutschen Okkupationstruppen u. A. ein Fonds von 7,215,900 M. zur Gründung eines Unterstützungsfonds für Unteroffiziere ausgeworfen ist. Diese Position ist wie folgt motivirt:

„Um auf Grund des Zivil-Versorgungsscheins eine Anstellung zu erlangen, müssen die Militäranwärter einer Probedienstleistung sich unterziehen, welche im allgemeinen sechs Monate dauert und in der Regel mit dem Bezuge einer fortlaufenden Remuneration aus dem Einkommen der Stelle verknüpft ist. Empfängt hierbei ein Feldwebel weniger als 84 M., ein Vize-Feldwebel, Sergeant und Unteroffizier weniger als 66 bez. 54 und 42 M. monatlich, so wird der fehlende Betrag vom Truppentheile zugelegt, welcher außerdem nur die Großmontirungsstücke zu verabfolgen hat. Da mit dem Einkommen der Stelle nicht auch die Ansprüche an den Aspiranten wachsen, ist zur Erlangung besser dotirter Stellen außer der Probedienstleistung häufig eine vorgängige informatorische Beschäftigung und zu dem Zwecke eine mehrwöchentliche Beurlaubung zu der betreffenden Behörde nothwendig, während deren die Militäranwärter im Genuß der beim Truppentheile bezogenen Gebührnisse zu verbleiben pflegen. Nach einer zur Zufriedenheit der Behörde beendigten Probedienstleistung werden die Anwärter mit dem niedrigsten für die betreffende Beamten-Kategorie ausgeworfenen Einkommen bedacht. Da nach statistischen Ermittlungen von 1876 von den im Reichsdienst und im preußischen Staatsdienst so wie im Dienst von Privat-Eisenbahnen den Militäranwärtern reservirten Stellen 36,747 Stellen mit weniger als 900 M., 27,674 Stellen mit 900 bis 1200 M., 13,435 Stellen mit 1200 bis 1500 M., 12,572 Stellen mit 1500 M. und darüber Einkommen dotirt waren, wird das Einkommen der Militär-Anwärter in den auf die Anstellung folgenden Jahren durchschnittlich nicht auf mehr als 900 Mark geschätzt werden dürfen. Es beträgt dasselbe somit weniger, als das Einkommen eines Feldwebels bei der Truppe und muß zudem in allen Fällen, wo Kautionen verlangt in Ermangelung eines Kapitals aber nur durch Gehaltsabzüge zusammengebracht werden können, zur Ansammlung der letzteren herangezogen werden. Das Beamten-Einkommen entschädigt mithin nicht für die extraordinären Ausgaben, welche durch Beschaffung von Zivilkleidern und durch den Umzug, wenn die Beamtenstelle nicht im früheren Garnisonorte sich befindet, verursacht werden, ganz abgesehen von den Posten, welche einen Verheiratheten in letzterem Falle während der Probedienstleistung und der vielleicht vorhergegangenen informatorischen Beschäftigung durch getrennte Wirthschaftsführung erwachsen. Diese Ausgaben erhöhen sich noch, wenn unter den für eine definitive Anstellung gewählten Stellen keine vakant, der Bewerber aber durch Invalidität zum Ausscheiden aus der Truppe und zum sofortigen Antritt irgend einer vorläufigen Beschäftigung behufs Gewinnung seines Lebensunterhalts und in Folge hiervon zu mehrmaligen Umzügen gezwungen ist. Um die vorgenannten Ausgaben bestreiten zu können, wird der Unteroffizier während der militärischen Dienstzeit zu Ersparnissen, freiwilliger Zurücklegung geringer Theile seines militärischen Einkommens von den Vorgesetzten zwar nach Möglichkeit angehalten; daß hierdurch indessen der gewünschte Erfolg häufig nicht erzielt wird, beweisen die vielen Fälle, in welchen Unteroffiziere beim Antritt von Zivilstellen in Schulden gerathen, die sie nicht zu tilgen vermögen, da das knappe Einkommen der Zivilstelle, wie oben vorgelegt, kaum zum nothdürftigen Unterhalt ihrer Familien genügt. Solche Vorkommnisse diskreditiren und untergraben das für den Bestand des Unteroffiziercorps unumgänglich nothwendige System der Zivil-Versorgung. Sie verkümmern aber auch den Unteroffizieren die Vortheile der zur Belohnung für längere Dienstzeit in Aussicht gestellten Zivilversorgung; denn die vorgesetzte Behörde wird mit Recht Anstand nehmen, verschuldete Beamte in höhere, vielleicht mit Verantwortlichkeit für größere Geldbestände verbundene Stellen aufrücken zu lassen, und sogar ein gänzliches Ausscheiden in Folge von Verschuldung wird mitunter herbeigeführt werden müssen, wodurch die Betroffenen alle Früchte einer langen, mühsamen Dienstzeit mit Einem Schlage verlieren. Es wird demgemäß beabsichtigt, den nach zwölfjähriger aktiver Dienstzeit mit dem Zivilversorgungsschein ausscheidenden Unteroffizieren eine Beihilfe zu gewähren. Bei einem Kapital von 7,215,900 M., einem Zinsfuß von 4 pCt. und der ferneren Annahme, daß ungefähr 1700 Unteroffiziere jährlich zu berücksichtigen sind, würde die Beihilfe einen Betrag von 160—170 M. für jeden Unteroffizier erreichen. Sollte von der Bedingung einer zwölfjährigen aktiven Dienstzeit abgesehen und die Gewährung der Beihilfe nur vom Anspruch auf den Zivilversorgungsschein abhängig gemacht werden, so würde in Folge erheblicher Vermehrung der Theilnehmer, namentlich nach einem Kriege, die Beihilfe auf einen so geringen Beitrag beschränkt werden, daß der erstrebte Zweck verfehlt würde Aber auch das Bedürfniß ist bei jüngeren Empfängern des Zivilversorgungsscheins in geringem Maße vorhanden, weil dieselben, wenn überhaupt verheirathet, im Allgemeinen eine weniger zahlreiche Familie zu ernähren haben werden. Schließlich darf wohl darauf hingewiesen werden, daß der geringe Betrag der Beihilfe ihr den Charakter einer für längere Kapitulation gewährten Prämie nimmt und dieselbe ausschließlich dazu bestimmt erscheinen läßt, die Zivilversorgung auch den mittellosen und verheiratheten Unteroffizieren zugänglicher zu machen.“

— Die hiesigen Sozialdemokraten hatten für Dienstag Abend eine öffentliche Volksversammlung in den großen Saal des Handwerkervereins einberufen, in welcher Missionsdirektor Dr. Wangemann gegen die Most'schen Ausfälle auf das Christenthum und Most selbst über die „Staatssozialisten“ sprechen sollte. Die „Germ.“ berichtet darüber Folgendes:

Der Beginn der Verhandlungen war, wie gewöhnlich, auf 8 Uhr festgesetzt, aber bereits einige Minuten nach 7 Uhr waren Saal und Galerien bis auf den letzten Platz gefüllt. Inzwischen wälzten sich immer neue Massen heran, die, da sie das Terrain okkupirt fanden, sich im Vorflur und Eingang zum Lokal stauten und ein mörderisches Gedränge gegenüber den Neuangekommenen auszuhalten hatten. Im Saal, aus dem vorher alle entbehrlichen Tische entfernt worden waren und in welchem sich nur etwa 15 Reihen Stühle befanden, herrschte bereits vor Eröffnung der Versammlung eine fürchterliche Hitze, die durch den dichten Tabaksqualm und die zahlreichen Gasflammen bis zur Unerträglichkeit gesteigert wurde. Das oft wiederholte Kommando: „Stühle 'raus!“ wurde nicht beachtet oder konnte nicht beachtet werden. Dagegen schien der andere Befehl: „Rauchen einstellen!“ befolgt zu werden, denn die über der Versammlung lagernde Rauchwolke wurde zusehends schwächer. Trotz des fürchterlichen Gedränges hatten sich wieder zahlreiche Frauen eingefunden, denen man die Begierde nach dem zu erwartenden „Schauspiel“ vom Gesicht ablesen konnte Kurz nach 8 Uhr machte der Einberufer der Versammlung, Sozialdemokrat Greifenberg, durch fortgesetztes Läuten der Präsidentenglocke den Versuch, sich Gehör zu verschaffen. Aber erst nach etwa fünf Minuten gelang es ihm, die unruhigen Massen insoweit zu beruhigen, daß er die Versammlung eröffnen konnte. Er legte den Erschienenen zunächst an's Herz, sich möglichst ruhig zu verhalten, da man jede Ausschreitung vielleicht als eine Handhabe zur Beschränkung des Versammlungsrechts benutzen könne. Die heutige Versammlung, in der auf besonderen Wunsch Herr Dr. Wangemann gegen Most sprechen werde, sei die letzte öffentliche sozialdemokratische Versammlung in diesem Lokal, weil der Vorstand des Handwerkervereins dasselbe mit Rücksicht auf die in den letzten Versammlungen angeblich vorgekommenen tumultuarischen Auftritte nicht mehr zu solchen Versammlungen überlassen wolle. Es sei Pflicht der Erschienenen, beide Redner ruhig anzuhören. Doch mit dieser Ruhe war es schlecht bestellt. Von den Saalausgängen her ertönte der Lärm der vergeblich andrängenden Menge und im Saal selbst war das Geräusch der nach Tausenden zählenden Massen so stark, daß man nur mit gespanntester Aufmerksamkeit die Worte Greifenbergs vernehmen konnte. Die Unruhe wurde noch dadurch verstärkt, daß während der Bureauwahl, die natürlich sozialdemokratisch ausfiel, einige schrille Pfiffe ertönten, die sofort mit einem hundertstimmigen: „Hinaus mit den Pfeifern!“ beantwortet wurden. Zunächst nahm nun Missionsdirektor Wangemann das Wort, der aber bei der großen Unruhe nur den Nächststehenden verständlich blieb. Er wies Most gegenüber hauptsächlich nach, was das Christenthum seit seiner Entstehung für die Menschheit gethan. Als er konstatirte, daß man während der französischen Revolution die „Absetzung“ Gottes dekretirt habe, brauste ein tausendstimmiges „Bravo!“ durch den Saal, das in lebhaftes Murren umschlug, als Redner die Wiedereinführung des „höchsten Wesens“ durch Robespierre erwähnte. Der Aufforderung Mosts: aus der Landeskirche auszuscheiden, stellte Herr Wangemann die Einladung entgegen: dem neuen christlich-sozialen Verein beizutreten, was mit einem tausendstimmigen „Nein!“ und lebhaftem Zischen beantwortet wurde. — Inzwischen war die Hitze im Saal dermaßen intensiv geworden, daß verschiedene schwächliche Personen ohnmächtig wurden und Andere mit Gewalt die Saalausgänge zu gewinnen suchten, was aber nur wenigen robusten Naturen gelang. Erst als der Ruf durch den Saal ging: „Most will sprechen!“ wurde die Ordnung einigermaßen wiederhergestellt. Most theilte zunächst mit, daß der evangelische Oberkirchenrath gegen ihn wegen seiner anläßlich der Agitation für Massenaustritt aus der Landeskirche gehaltenen Reden einen Strafantrag gestellt habe. (Donnernde Pfuis!) Staatsanwalt und Polizei — das seien die Waffen, mit denen die „Pfaffen“ ihre Gegner bekämpften. (Stürmischer Beifall.) Aber das Volk werde ihnen zu antworten wissen, dies möchten sich die Herren gesagt sein lassen. (Zustimmung.) Redner stellt dann Vergleiche an zwischen dem Programm der neuen christlich-sozialen Partei und dem der Sozialdemokratie, und kommt zu dem lebhaft applaudirten Schluß, daß „einzig und allein“ die Sozialdemokratie die Sympathie des Volkes verdiene. Dem berliner Volke rufe er zu: „Willst Du halten Dein Haus rein: So lasse keine Pfaffen ein!“ (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall). Es sprach dann noch kurz Sozialdemokrat Paul und Herr Dr. Wangemann. Letzterer ist nicht damit einverstanden, daß der Staatsanwalt in die Disputationen zwischen Most und den evangelischen Geistlichen eingegriffen. (Bravo). Die Versammlung wurde bereits 11 Uhr mit donnernden Hochs auf die Sozialdemokratie und unter dem Absingen der Arbeitermarseillaise geschlossen. Von einer Opposition der christlich-sozialen Elemente war nichts zu bemerken. Im Saal und an den Ausgängen waren etwa zehn große rothe Plakate angebracht, mit der Inschrift: „Austritt aus der Landeskirche!“ Es dauerte beinahe ½ Stunde, bis sich die Menschenmassen zerstreuten.

Italien.

Die den leitenden italienischen Kreisen nahestehende „Italie“ polemisirt in Sachen einer auch von uns erwähnten münchener Broschüre gegen die „Agence Havas“, welch' letztere unter dem Titel „Fürst Bismarck und Herr Crispi“ ein Resumé jener Broschüre brachte, das in weiteren Preßkreisen eifrigst kolportirt wurde, nun aber von der „Italie“ rektifizirt wird, sofern darin von angeblichen Absichten Italiens auf das Trentino, auf Triest, Savoyen und Nizza die Rede ist.

„Wir fragen — schreibt die „Italie“ — den anonymen Verfasser der Broschüre, wer ihm diese Aufschlüsse ertheilt hat?“

Herr v. Bismarck? Das wird er wohl nicht zu behaupten wagen, um so weniger, als der deutsche Reichskanzler nicht für den Mann gilt, der seine Angelegenheiten gern ausplaudert. Vielleicht Herr Crispi? Alsdann müssen wir erklären, daß wir auf Grund von Informationen, die wir aus ganz zuverlässiger Quelle geschöpft haben, versichern können, daß Herr Crispi niemals und bei keiner Gelegenheit die Fragen bekannt gegeben hat, welche in den Unterhaltungen, die er mit Herrn von Bismarck gepflogen haben mag, eine Rolle spielten.

Der „Univers“ bestätigt jetzt, daß der heilige Stuhl eine Protestnote gegen die Thronbesteigung Humbert's I. erlassen hat. Dieselbe ist den Regierungen, die es angeht, durch die Nuntien übermittelt worden. — Der Kriegsminister Mezzacapo hat Befehl gegeben, bis auf Weiteres in keiner Weise an die Bau-Arbeiten jener Straßen Hand anzulegen, welche die Passage zu und über die französischen Alpen erleichtern sollten Es unterbleibt in Folge dessen der Bau der von dem oberen Tanarothale aus projektirten Straßen, sowie derjenige der Straße, welche von dem an der Stura liegenden Flecken Vinadio die auf dieser Strecke befindlichen warmen Bäder der französischen Grenze näher bringen sollte. — In dem Befinden des Paters Secchi, für dessen Genesung bereits in der Kirche von St. Ignatius ein Triduum begonnen wurde, ist eine Besserung eingetreten, und die Aerzte geben Hoffnung. Man hielt sein Leiden für einen unheilbaren Magenkrebs; jetzt hat es sich aber gezeigt, daß es nur ein Magengeschwür war, das glücklich aufgebrochen ist.

Frankreich.

Versailles. Die stürmische Kammersitzung, in welcher sich der überaus leidenschaftliche Zwischenfall Gambetta-Rouher abspielte, hat wieder aufs Neue deutlich bekundet, wie bedenkliche Dimensionen der Parteihaß zwischen den Republikanern und den Bonapartisten, der stärksten Fraktion der Rechten, angenommen hat. Es ist eine nahezu unlösbare Aufgabe für eine so von Leidenschaften erfüllte Kammer, bei den Wahlprüfungen mit strenger Gerechtigkeit zu verfahren. Die Mehrheit ist Richterin und Partei in einer Sache. So kann es an heftigen und erbitternden Vorfällen nicht fehlen, die zu vermeiden gerade die Mehrheit ein Interesse hätte. Es hieß in parlamentarischen Kreisen sogar, daß eine innere Krisis schon ausgebrochen wäre. Daß diese von Seiten der konservativen Parteigruppen ausgesprengten Gerüchte zunächst den reaktionären Bestrebungen Vorschub leisten sollen, bedarf keines besonderen Hinweises; aber als nicht minder gewiß kann gelten, daß es dem Kabinet Dufaure bisher keineswegs gelungen ist, eine feste, geschlossene Regierungsmehrheit zu bilden. So erklärt es sich denn, daß die Republikaner mit tiefem Mißtrauen gegen die konstitutionellen Senatoren, welche in allen wichtigen Fragen den Ausschlag im Oberhause geben, die Bewilligung des gesammten Budgets für das Jahr 1878 von positiven Garantien abhängig machen. In letzterer Hinsicht legen sie insbesondere Gewicht darauf, daß der Senat das von der Deputirtenkammer angenommene Amnestiegesetz genehmigt. Als nun jene Körperschaft ohne stichhaltigen Grund ihre Sitzungen vertagen zu müssen glaubte, setzte auch die Abgeordnetenkammer die Budgetberathung bis auf Weiteres von der Tagesordnung ab, um nicht auf ihre wirksamste Waffe gegen die Monarchisten Verzicht zu leisten. Letztere werden sich selbstredend beeilt haben, den Marschall Mac Mahon über die angeblichen letzten Absichten ihrer Gegner allerlei Kombinationen zuzuflüstern, so daß eine neue Wendung in der inneren Politik immerhin in Betracht

---

Theater.

Der Besuch des Theaters ist gegenwärtig sehr schwach. Nur die Sonntage versammeln ein größeres Publikum. Bis vor Kurzem hatte es den Anschein, als ob die sogenannten „klassischen“ Vorstellungen eine gewisse Anziehungskraft ausübten; fanden sie doch zu ermäßigten Preisen statt und waren sie doch meist recht anerkennenswerth. Jetzt scheint auch dieser Magnet seiner Wirkung beraubt zu sein. Die letzte derartige Vorstellung am Mittwoch, „Minna von Barnhelm“, hatte das Theater kaum zur Hälfte gefüllt. Wenn das noch eine Weile so fort geht, ist nicht abzusehen, wie Unternehmer und Mitglieder bestehen sollen. Es ist ja wahr, der Aufenthalt im Sommertheater ist im Winter unangenehm; aber wir haben doch nun einmal vorläufig keinen besseren Musentempel, und wenn wir das Spiel der Musen überhaupt wollen, müssen wir auch mit der Oertlichkeit vorlieb nehmen, wo sie sich zur Zeit niedergelassen haben. „Minna von Barnhelm“ hätte unter allen Umständen ein größeres Auditorium verdient. Die Aufführung war überwiegend der trotz veränderter Zeiten und Sitten noch immer mustergiltigen Dichtung würdig. Der Löwenantheil gebührt der Trägerin der Titelrolle Fräul. Egger; sie spielte das Fräulein überaus liebenswürdig: munter und schalkhaft, elegant im Wesen und dabei warmer Empfindung nicht ermangelnd. Die Künstlerin verdient für diese Leistung volles Lob; auch das Publikum hielt mit seiner Anerkennung nicht zurück. Als Franziska war Frl. Gutperl auf dem Zettel genannt; die Rolle wurde jedoch von einer andern Dame gespielt, welche plötzlich „eingesprungen“ zu sein scheint. Sie nahm die Partie etwas zu ernsthaft. Franziska muß Humor haben, denn sie ist das Muster eines „Kammerkätzchens“. Herr Lewinger war leider körperlich indisponirt; daher kam Major Tellheim nicht zu voller Geltung. Desto mehr der Wachtmeister Werner, dessen soldatische Kernnatur Hr. Wegner sehr gut zeichnete. Der grobkörnige aber grundbiedere Just fand durch Hrn. Badewitz, der höfliche und betrügerische Riccaut de la Marlinière durch Herrn Fischer vortreffliche Vertretung. Herr Freimüller neigt augenscheinlich zu derb humoristischer Färbung; bei seinem „Wirth“ überwog der Komiker den blos auf seinen Vortheil bedachten und danach sein Benehmen einrichtenden Hotelier. E.

Beethovens „Missa solemnis.“

Die am nächsten Montag bevorstehende Aufführung von Beethovens großer Messe Seitens des Hennig'schen Gesang-Vereines, für unsere Stadt ein musikalisches Ereigniß und unseres Wissens überhaupt die erste Vorführung dieses Werkes in Posen, verdient eben deswegen die allseitigste Beachtung der Kunstverständigen und Empfänglichen.

Die Messe ist bekanntlich der bedeutsamste Theil, der Mittelpunkt des gesammten katholischen Kultus. Der ganze Akt wurde dereinst mit symbolischen Handlungen umgeben und erschien der alten Kirche so bedeutsam, daß die Katechumenen, also die noch nicht vollständig in die Kirche Aufgenommenen von der Theilnahme ausgeschlossen wurden. Mit den Worten „ite, missa est“ schloß der Priester die heilige Handlung und daher stammt auch die Bezeichnung Missa. In der Regel wird der zum Altare schreitende Priester mit einer „Intrata“ empfangen, an hohen Festtagen von Trompeten und Pauken ausgeführt, an gewöhnlichen Tagen unter den Klängen eines Orgelpräludiums. In alter Zeit wurde der „Introitus“ vom Sängerchor gesungen und war er den jeweiligen Bedürfnissen des Gottesdienstes angepaßt. Diesem folgt der erste feststehende Gesang der Messe, das „Kyrie“. Darauf stimmt der Priester den zweiten bestimmten Gesang das „Gloria“, den sogenannten englischen Lobgesang, den Gesang der Hirten bei der Geburt Christi an, den dann der Chor weiter ausführt. Es folgt das „Credo in unum Deum“, das Glaubensbekenntniß, das der Chor nach den Textesworten vollständig absingt. Nach der Praefatio des Priesters, einem Gebete, welches auf die Verwandlung vorbereiten soll, singt der Chor das „Sanctus“, nach unter strengster Stille erfolgter Wandlung folgt das „Benedictus“. Nachdem hierauf ein „Agnus Dei“ die himmlische Gnade herabgefleht und das „dona nobis pacem“ ausgeklungen, wird die Gemeinde mit „ite, missa est“ entlassen.

Für die Entwickelung der Tonkunst wurde gerade der Meßtext außerordentlich einflußreich, einzelne der obigen Chorgesänge wurden mit der Zeit von Solisten ausgeführt, die Instrumentalmusik immer voller und reicher herbeigezogen. Alle großen Meister des altitalienischen Gesanges haben vielfache Messen komponirt, die sie zu unvergänglichen Kunstwerken geschaffen; auch die Entwickelung der neueren und neuesten Musik hat in den Schöpfungen der H-moll-Messe von Bach, der großen Messe von Beethoven und der großen Messe von Lißt Gipfelpunkte der verschiedenen Richtungen zu verzeichnen. Das Wichtigste und Wesentlichste beim katholischen Kultus bietet der Text der Messe, aber auch zugleich die schönste Gelegenheit zum höchsten Aufschwunge für Geist und Gemüth, entwickelt er doch in den eingreifendsten Kontrasten die höchsten Symbole eines gläubigen Gemüthes. Von diesem Standpunkte aus ist die Messe eines der erhabendsten poetischen Gebilde und von diesem höheren, geläuterten Prinzipe aus

gezogen werden darf. Andererseits kann das Verhältniß zwischen dem parlamentarischen Kabinet und der republikanischen Kammermehrheit bisher durchaus nicht als getrübt angesehen werden.

Dem einflußreichen Organe der konservativen Republikaner, den „Debats“, wird aus Berlin „von autorisirter Seite“ telegraphirt, daß der Empfang des neuen Botschafters am berliner Hofe als ein Beweis für die Existenz der besten Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen und als höchst schmeichelhaft für die Person des Herrn Grafen de St Vallier angesehen werden könne.

Sie mögen sich — heißt es weiter — aus dem Wortlaut seiner Ansprache überführen, daß derjenige, welcher diesesmal als Redner auftrat, nicht der Repräsentant einer doppelzüngigen Regierung war, welche weder sagen will, was sie ist, noch woher sie kommt, noch wohin sie geht. Getreu seiner hohen Sendung, hat Herr de Saint-Vallier namens einer Nation das Wort ergriffen, welche noch ganz neuerdings und in eklatantester Weise betont hat, was sie für sich selbst und für andere sein will: nämlich eine nach Innen wie nach Außen liberale, konservative und friedliebende Republik. Unser Land wird sich daher Glück wünschen, wenn es erfährt, daß bei diesem Anlaß seine Empfindungen in so würdiger Weise zum Ausdruck gelangt sind.

Was Deutschland betrifft, so kann man glauben, daß es mit nicht geringerer Befriedigung seine eigenen Gefühle in den wohlwollenden und weisen Worten erkennen wird, welche sein Souverain auf die Ansprache des französischen Botschafters erwidert hat.

Die Deutschen können der aus obigen Zeilen sprechenden Auffassung nur beipflichten. Wie es im Interesse Deutschlands liegt, so liegt es nicht minder im Interesse ganz Europa's, daß in Frankreich eine Regierungsform Wurzel fasse und sich organisch entwickele, welche nach Lage der Dinge dort nun einmal allein geeignet scheint, den staatserhaltenden Grundsätzen innere Festigkeit und Dauerhaftigkeit u verleihen, und in weiterer Folge auch dem Kredit der Republik nach Außen die ihm gebührende Anerkennung zu sichern.

Rußland und Polen.

Der „St. Pet. Herold“ enthält eine Darst llung der Finanzlage Rußlands, nach welcher dieselbe am 1. Januar 1878, zum gegenwärtigen Notenkurse in Papiergeld umgerechnet, betrug:

Verzinsliche Staatsschuld	R. Pap.	1,792,822,215
Eisenbahnschuld	= =	470,200,000
Unverzinsliche Staatsschulden . . .	= =	1,037,572,025
Zusammen	R. Pap.	3,300,594,240
Weitere nominelle Eisenbahnschuld . .	= =	1,095,400,000
Weitere nominelle Hypotheken- und Liquidationsschuld	= =	588,820,100
Zusammen	R. Pap.	1,684,220,100

sind streng von der vorstehenden Summe (von den 3,3 Milliarden) zu trennen, „weil sie in keiner Beziehung eine Belastung des Staatsschatzes resp. der Steuerträger bilden“. Das genannte Blatt bemerkt hierzu: „Eine effektive Staatsschuld von 3,3 Milliarden Rubel Papier repräsentirt bei einer Bevölkerungszahl von 80 Millionen Einwohnern des europäischen Rußlands 41 Rubel 24 Kop. pro Kopf der Bevölkerung, eine nicht allzuhohe, jedenfalls aber in Bezug auf die 5prozentige Verzinsung derselben mit 2 Rubel 6 Kop. pro Kopf pro Jahr nicht durchaus schwer zu erschwingende Zahl. Wir behalten uns vor, auf die Darstellung zurückzukommen und bemerken heute nur, daß Rußland nach einer vergleichenden Zusammenstellung der europäischen Staatsausgaben von Eduard Pfeiffer vor dem Kriege mit 16,1 M. pro Kopf unter allen europäischen Staaten die wenigsten „eigentlichen Regierungsausgaben“ hat. In denselben sind die Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld (ohne die Eisenbahnschulden) und die Ausgaben für die Landesvertheidigung enthalten. Nichtsdestoweniger wird Rußland auch nach Herstellung des Friedens an eine Verminderung der Ausgaben, vor Allem an eine Reform seines Steuersystems herantreten müssen. Die unverzinsliche Staatsschuld (Papier-Rubel) betrug am 19./31. Dezember 1877 1,037,572,025 Rubel, denen ein Metallbestand von 180,085,222 Rubel und 424,8 Mill. Gold, 23 Mill. Rubel Silber und 32,3 Mill. Metalleffekten gegenüber steht.

Petersburg, 29 Januar. Der „Pol. Korr.“ schreibt man von hier unter heutigem Datum, daß Kaiser Alexander und Fürst Gortschakoff mit größter Entschiedenheit das Mißtrauen zurückweisen, welches sich in einigen petersburger Kreisen in Bezug auf die Absichten des wiener Kabinets bethätige. Es vergehe kein Tag, wo dieses Vertrauen des Kaisers und des Reichskanzlers sich nicht in Details und Thatsachen kundgeben würde, „die an hoher Stelle in Wien wohl gekannt sein müssen.“ Weiter heißt es dann in diesem Briefe:

Eine aus Bukarest heute hier eingelangte Nachricht, nach welcher der Fürst von Rumänien die Einberufuug der Wehrpflichtigen der Altersklasse von 1879 verfügt habe, hat hier eine gewisse Sensation ervorgerufen, namentlich in demjenigen Lager, dessen Politik hauptsächlich auf dem Mißtrauen gegen Oesterreich basirt. Es ist wahr, die betreffende Partei ist weder an Zahl noch an Einfluß mächtig: nichtsdestoweniger betrachtet sie die erwähnte Meldung aus Rumänien als eventuell gegen Rußland gerichtet und als ein Anzeichen eines sich vorbereitenden Einvernehmens zwischen Bukarest und Wien. Allerdings muß ausdrücklich bemerkt werden, daß diese Anschauung nicht jene der kaiserlichen Regierung ist

Der „N. A. Ztg.“ wird aus **Bukarest**, den 2. Februar, Folgendes geschrieben:

Gestern früh ist, wie bekannt, General Ignatieff hier angelangt. Die kurze Frist, die ihm zu seinem Aufenthalt hierselbst vergönnt ist, wird durch die eifrigsten Unterhandlungen mit den rumänischen Ministern in Anspruch genommen. Es ist jedenfalls als ein Zeichen von Liebenswürdigkeit von Seiten des rastlosen Diplomaten aufzufassen, wenn er einige Minuten seiner kostbaren Zeit zu irgend welchen politischen Mittheilungen verwendet. Als es mir vergönnt war, einige Ansichten des Generals von ihm selbst zu hören. unterließ er es nicht, seiner Ueberzeugung von dem Fernbleiben Großbritanniens erneuert Ausdruck zu geben, indem er den Akzent auf das Fehlen jeder Allianz für England legte. Die inzwischen von Oesterreich eingenommene Haltung bedeute noch absolut kein Hand in Hand gehen mit England. Unstreitig gehört die Frage in Betreff des Einzuges russischer Truppen in Konstantinopel zu den delikatesten. Der General äußerte sich hierüber, als wenn es sich nur um einen nebensächlichen Akt handelte, lächelnd, man würde nur ein klein wenig die umliegenden Höhen besetzen. Die Nachricht von dem Einrücken griechischer Truppen scheint, wenn sie auch durchaus nicht unerwartet kam, doch überrascht zu haben. Ignatieff äußerte sich hierüber in bedenklichem Tone, indem, wie er meinte, mit dem Eintritt Griechenlands in die Aktion die Angelegenheiten in bedenklicher Weise sich komplizirt hätten. Gefährlich sei für Griechenland das späte Beginnen seiner militärischen Operation. Auf die Bemerkung, ob für Griechenland wohl Aussicht vorhanden sei, beim Friedensschluß auch in den Besitz von Salonichi zu gelangen, drückte der General seinen Zweifel darüber aus, daß es den Griechen gelingen könnte, bis dahin jenen Platz in Besitz zu nehmen, indem nur dann eine Annexion Salonichi's seitens Griechenlands möglich wäre, — falls überhaupt daran zu denken sei. Das bis zum Ueberdruß hier ventilirte Kapitel von der Abtretung Bessarabiens an Rußland blieb unberührt; ein Zweifel, daß letztere unvermeidlich erfolgen wird, ist für mich nicht mehr vorhanden. Eine heikle Frage ist, wie man weiß, die langerhoffte Regulirung des bis jetzt von der russischen Regierung beliebten Grenzsperrsystems. Auf eine Anfrage dieserhalb äußerte der General, daß ihm von irgend welchen Absichten seines Gouvernements nach dieser Richtung hin nichts bekannt wäre. Rußland steht im Begriff, seinen Einfluß auf der Balkan-Halbinsel auf eine neu zu inaugurirende Eisenbahnpolitik zu gründen. Damit im innigsten Zusammenhange steht außer der Besitznahme Bessarabiens (Linie Bender—Reni) die durch diplomatischen Einfluß bewirkte Vergebung der Konzession von drei rumänischen Linien an den russischen Unternehmer Poljakoff, auch hat General Ignatieff speziell über diese Angelegenheit mit den rumänischen Ministern ein Einvernehmen herzustellen unternommen. Ferner ist es Thatsache, daß die russische Regierung unter der Hand Aktien der Rumänischen Eisenbahn aufzukaufen sucht. Daher auch das Steigen dieser Papiere.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Konstantinopel. Die Türkei hat den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet gehalten, einer ihrer nationalsten Eigenthümlichkeiten den Laufpaß zu ertheilen. Ein großherrlicher Hat beseitigt die Institution des Großvezierats und reorganisirt das Ministerium nach europäischem Vorbilde mit einem verantwortlichen Ministerpräsidenten an der Spitze. Ueber die Zusammensetzung des Ministeriums hat eine Depesche das Hauptsächliche gemeldet. Nach „H. T. B.“ wäre dieselbe noch dahin zu ergänzen, daß Hurschid Pascha zum Justizminister, Subhi Pascha zum Minister des öffentlichen Unterrichts, Ohannes Effendi zum Minister des Handels und der öffentlichen Arbeiten ernannt worden ist.

Ueber die Stimmung in Konstantinopel wird der „Köln. Ztg.“ aus Pera u. A. geschrieben:

Ich sprach in meinem vorigen Berichte von einem Artikel der offiziösen „Turquie“, der „Enttäuschung“ überschrieben war. Er gipfelte in dem Satze: „England ist an unserem ganzen gegenwärtigen Elend schuld.“ Dieser Artikel aber ist nur ein mildes Abbild zu dem, was die türkischen Zeitungen bringen. Schon vor vierzehn Tagen war ihnen die Weisung zugegangen, in allem, was die Russen und die Person des Kaisers Alexander beträfe, der größten Schonung des Ausdrucks sich zu befleißigen. Seitdem hat sich der Umschwung in deren Sprache so weit etwickelt, daß heutzutage der Name des Kaisers nie anders als mit einem Epitheton ornans der schmeichelhaftesten Art begleitet ist. Und bekanntlich ist die türkische Etiquette überreich an solchen Höflichkeitsbezeugungen. Tempora mutantur. Mir sagte ein Türke: „Es giebt jetzt nur noch eine einzige Nation, welche bei uns populär ist, und das sind die — Russen!“ Und die ganze Nation fängt an, jetzt einzusehen, daß der Kaiser Alexander persönlich ein herzensguter Mann ist; daß die Politik Mahmud's vulgo Mahmudows, welche auf eine Verständigung mit Rußland allein arbeitete, die beste gewesen; daß Abdul Aziz zwar ein Tyrann, daß er aber die Interessen seines Landes besser kannte, denn seine Nachfolger.

Bukarest. Rumänien erlebt jetzt wiederum eine schwere Stunde des Konflikts zwischen gezwungener Freundschaft und zwangloser Feindseligkeit. Rußland sucht augenscheinlich ihm das 1856 abgerissene Stück Bessarabien wieder abzupressen. General Ignatieff hat nach der „P. C.“ als Entschädigung die Dobrudscha bis Küstendsche nebst den bisherigen rumänischen Kilia- und Donaumündungen angeboten. Dieser Tage wurde schon gemeldet, rumänische Staatsingenieure seien damit beschäftigt, das russisch gewesene Stück Bessarabien auszumessen. Aber die öffentliche Meinung sowohl als die Regierung scheinen entschieden gegen solchen Tausch zu sein, wenn wir auch zweifeln, ob dieser Wiederspruch um „jeden Preis“ aufrecht erhalten werden würde. Die Wiener „Presse“ bringt über diesen Gegenstand folgende Erörterungen:

Das Ansinnen wurde bisher allerdings nur in indirekter Weise von her russischen Regierung gestellt und es befindet sich demnach die ganze bessarabische Frage vorläufig nur im Stadium der diplomatischen Vorberathungen. Wie die Dinge heute stehen, hat die rumänische Regierung jedoch nicht die Absicht, um irgend einen Preis auf die Abtretung von Bessarabien einzugehen. Ueber diese Angelegenheit hat sich im Lande eine so entschiedene öffentliche Meinung gebildet, daß weder Fürst Karl noch irgend einer seiner Räthe den Muth haben dürften, in die Abtretung von Bessarabien zu willigen. Ganz ernste Leute glauben sogar, daß der Thron in einem solchen Falle in Frage kommen könnte, sie versichern dagegen als ganz bestimmt, daß sich kein Ministerium finden würde, einen solchen Pakt zu kontrasigniren. (?) Die rumänische Regierung befindet sich auf folgendem legalen Standpunkte. Jenes fragliche Stück von Bessarabien habe Rumänien durch den pariser Frieden von den Vertragsmächten als Geschenk, und zwar nicht auf Kündigungsfrist erhalten; es gebe demnach keine Macht, welche Rumänien zur Abtretung dieses Gebietes auf friedlichem Wege zwingen könnte Sollte Rumänien die Dobrudscha als Anerkennung für seinen Kampf um die Befreiung und Selbständigkeit erhalten, dann werde die hiesige Regierung eine solche Gebietserweiterung dankend als ein Zeichen besonderen Vertrauens von Europa annehmen, aber um den Preis der Abtretung von Bessarabien perhorreszirt die rumänische Regierung jede Gebietserwerbung auf dem rechten Donau-Ufer.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 7. Februar.

— Nach einer Mittheilung, die offenbar aus interessirten Kreisen stammt, ist das russische Ministerium geneigt zur Konzessionirung einer Eisenbahnlinie von Skierniewice über Kalisch nach Ostrowo, um so Warschau mit Kalisch und in Verlängerung der Linie über Ostrowo nach Lissa mit Deutschland zu verbinden. Die von Ostrowo nach Rawitsch projektirte Linie würde wahrscheinlich damit fallen, um so mehr würde jedoch die Linie Oels-Ostrowo der Verwirklichung entgegengehen. Für die Richtigkeit dieser Andeutungen können wir keine Bürgschaft übernehmen.

r. **Der Verein zur Prämiirung treuer weiblicher Dienstboten** hielt am 6 d. M. im Schwersenz'schen kleinen Saale unter Vorsitz des Professor Dr. Tiesler seine statutenmäßige Generalversammlung ab. Zunächst wurde die Rechnungslegung verlesen, nach welcher Einnahme und Ausgabe mit 2302 M. 13 Pf. balanciren. Unter Einnahme betrug der Kassenbestand Anfang v. J 90 M. 25 Pf. baar, 97 M. 35 Pf. in der städtischen Sparkasse, 3 Kreisobligationen 900 M., Zinsen 50 M. 53 Pf., Beiträge von 278 Mitgliedern 834 M., Geschenke für den eisernen Fonds (von der Stadträthin Berger, dem Kommerzienrath S. Jaffe, dem Geh. Kommissionsrath Cohn) 330 M. Unter Ausgabe betrug der Botenlohn 69 M. 50 Pf, Ausgabe für Annoncen 20 M. 68 Pf., Prämien 823 M. baar, für ein Gebetbuch (Prämie) 13 M. 50 Pf. ꝛc., Bestand am 6. Februar d. J. 1364 M. 95 Pf. Zur Revision dieser Rechnung wurde eine Kommission ernannt, welche dieselbe für richtig befand, so daß demgemäß von der Versammlung Decharge ertheilt wurde — Dem Verwaltungsberichte pro 1877, welcher hierauf verlesen wurde, ist Folgendes zu entnehmen: Oberpräsident Günther hat sich, wie bereits gemeldet, am 28. Januar d. J. zur Uebernahme des Protektorats über den Verein bereit erklärt. Mit der letzten Generalversammlung am 26. Januar v. J. hat der Vorstand 3 Sitzungen abgehalten. In der ersten (am 15. März) wurde die Prämiirungssumme auf 700 M. festgesetzt. Die Zahl der Mitglieder betrug im vorigen Jahre 273. Bei der am 27. März v. J. veranstalteten Prämiirung im Stadtverordneten-Sitzungssaal erhielten 74 Mädchen, davon 16 neue nach 3jähriger Dienstzeit, und 44 ältere, bereits 1 bis 2 mal prämiirte, zusammen 823 M. an Prämien. Unter den Prämiirten befand sich eine, welche seit 50 Jahren bei einer Herrschaft dient und als Auszeichnung 30 M. und ein katholisches Gebetbuch erhalten hat. — Nach Verlesung dieses Berichtes wurde die Prämiirungssumme, welche für dieses Jahr zur Vertheilung gelangt, von der Versammlung auf 800 M. festgesetzt, welche nöthigenfalls vom Vorstande auf 900 M. erhöht werden können, und zwar mit der Maßgabe, daß bei Vertheilung der Prämien nicht über die vorjährigen Prämiensätze hinausgegangen werde. — Es waren ferner mehrere Anträge auf Statutenänderungen eingegangen. Nach längerer Debatte wurden folgende Aenderungen beschlossen: Die ordentliche Generalversammlung des Vereins wird von künftigem Jahre ab erst nach Einziehung der Beiträge, d. h. im Februar oder März jeden Jahres, einberufen. § 5 des Statuts wurde folgendermaßen ergänzt, resp. abgeändert. Es werden von jetzt ab nur diejenigen Mädchen nach dreijähriger Dienstzeit prämiirt, deren Herrschaften dem Vereine drei Jahre lang angehört haben. Der jährliche Beitrag von 3 M. berechtigt nur zur Prämiirung von einem Dienstmädchen. Wer zwei oder mehrere zum Hausstande und nicht zum Gewerbebetriebe gehörige Dienstmädchen prämiirt zu sehen wünscht, hat

---

hat sie auch Beethoven erfaßt. Nicht konnte ihm daran liegen, das Werk kirchlich brauchbar zu gestalten, dann hätten manche Stellen sicher nicht die große Ausdehnung erhalten und andere, die die Grenzen des Kirchenstyls überschreiten und in das Gebiet der Symphonie oder dramatischen Musik hinüberspielen, würden ausgeschlossen worden sein. Der große Meister hat sich hier von allen Schranken losgesagt und frei von den Fesseln der Zeit und des Ortes ein geistliches Oratorium geschaffen, das, wie in der Kirche, so auch im Konzertsaale gleich mächtige Wirkung ausübt. Entgegen einer hundertjährigen Praxis, daß die Instrumentation dem Gesange untergeordnet sein müsse, läßt er beide Chöre, die des Gesanges und die der Instrumente selbstständig neben einander auftreten. Die Instrumental-Partie erhebt sich zur Gluth und Wahrheit wirklicher Sprache, entwickelt so volle, wahre Stimmung, daß der Hörer bei den folgenden gesungenen Worten oft nur die volle Bestärkung und Bekräftigung der schon angeklungenen inneren Erregung erhält. Als der verewigte Meister mit voller Seele an dem Werke arbeitete, wollte und mußte er sich voll und erschöpfend aussprechen, wie es sein Genius ihm eingab; frei von allen Traditionen. ohne Rücksicht auf fortgepflanztes Herkommen, mit der ihn charakterisirenden Beharrlichkeit die seinem Geiste vorschwebende Bahn verfolgend, entstand das kolossale Werk, ein Oratorium über den Text der Messe.

Die Ernennung des Erzherzog's Rudolph zum Erzbischof von Olmütz, welche 1818 bekannt wurde, gab die erste Veranlassung zu seiner Installation eine Messe zu schreiben. Die Komposition, mit der hingebendsten Begeisterung ausgeführt, nahm den Meister bis 1822, also durch volle 4 Jahre in Anspruch, es war seine späteste, reifste Schaffensperiode. Je mehr ihn sein Ohrenleiden von allen Verbindungen mit der Außenwelt loslöste und ihn vom Treiben des Alltagslebens abzog, um so mehr lenkte er seinen großen Geist auf das eigene Vermögen und Wollen. Die Erinnerungen aus dem Klangreiche woben ihm sein eigenstes innerliches Sehnen, immer geheimnißvoller für die Nichtverstehenden und immer ahnungsvoller und liebewärmer für die Mitlebenden und Mitglaubenden. In der ganzen Art, wie Beethoven die Instrumentalmusik vergeistigte und ihr eine neue, bewußte Seele einhauchte, steht er selbstschöpferisch da. Konzertsaal sowie Bühne und Kirche schienen ihm für seine großartigen Ergüsse schier zu eng und begrenzt, ebenso aber auch die Kraft und der Umfang der menschlichen Stimme, die bei der paritätischen Stellung des Orchesters zu ihr einen schweren Kampf zu kämpfen hatte.

Dadurch ist auch dieser Riesenarbeit hinsichtlich der allgemeinen Verbreitung ein fühlbarer Nachtheil erwachsen. Abgesehen davon, daß bei der voluminösen Ausdehnung des Werkes sowohl der Chor als auch die Solostimmen höchst anstrengend beschäftigt sind und wenig erholender Ruhe theilhaftig werden, außerdem mit den bedeutendsten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, so erheischt auch das vollständige reich und originell figurirende Orchester in den einzelnen Partien erprobte und schwierigen Aufgaben gewachsene Vertreter und zahlreiche, mit Liebe, Sorgfalt und Umsicht geleitete Gesammtproben. An den Zeitgenossen gingen die letzten Werke Beethovens (Missa solemnis, neunte Symphonie, Quartette op. 127, 130, 132, 135) mit wenigen Ausnahmen fast spurlos vorüber; man suchte leichtere und bequemere Genüsse und war wenig geneigt, mit gespannter Geistesanstrengung den Spuren eines großen Meisters zu folgen. Nach dem Tode änderte sich das freilich und war man eifrig bemüht manche Schwierigkeiten zu überwinden um zur Kenntnißnahme und zum Verständniß von Werken zu gelangen, an denen die gesammte musikalische Bildung der Gegenwart emporrankte. Auch die Aufführungen der „Missa solemnis“ sind nach des Meisters Hinscheiden allmälig zahlreicher geworden; in neuester Zeit erlebten Leipzig, Gotha und Berlin, letztere Stadt sogar mehrere Aufführungen derselben.

Daß auch unserer Stadt die Bekanntschaft mit dieser großen Schöpfung ermöglicht wird, verdanken wir zunächst der eifrigen und unermüdlichen Initiative des Herrn Hennig, der seit langen Wochen unentwegt an dem großen Ziele wirkt und schafft. Die Aufführung der Matthaeus-Passion mit ihrem wohlthuenden, vollbefriedigenden Verlaufe, hat nicht nur dem Dirigenten den Muth gegeben, der großen Aufgabe die größere folgen zu lassen, sondern sie giebt auch eine Art Gewähr, daß ein an solchen Aufgaben wachsendes und reifendes Kunstvermögen der ausübenden Chorkräfte der Sache zum Siege verhelfe. Von den mitwirkenden Solisten sind Frau Dr Theile von hier und Frl. Jenny Hahn aus Breslau, von ihren früheren Leistungen her hinlänglich bekannt, die Herren Holdgrün und Ad. Schulze bieten schon in ihrem musikalischen Charakter als Berliner Domsänger die Garantie des Gelingens. Das Orchester, 47 Mann stark, wird aus den Kapellen des 6 und 37. Regiments zusammengestellt sein. Die Massen sind im vollen Flusse, den anstrengenden Chorproben reihen sich gegenwärtig die Orchesterproben an, folgen einzelne Gesammtproben und wird voraussichtlich das große Werk am Montag würdig und feierlich die Gemüther gefangen nehmen, dem Meister zum Preise, den schaffenden Kräften zur Ehre. th.

für jedes Mädchen mehr 3 M. jährlich an Beitrag zu zahlen. § 12 erhielt dahin einen Zusatz, daß zu den auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu stellenden Gegenständen auch die Feststellung der Prämiirungssumme gehöre — Letzter Gegenstand der Tagesordnung war die Vorstandswahl. Es wurde durch Akklamation beschlossen, den alten Vorstand beizubehalten, welcher aus folgenden Mitgliedern, resp. Stellvertretern besteht: Professor Dr. Tiesler, Stadtrath Bielefeld, Kaufmann P. Jolowicz, Oberlehrer Dr. Laves, Oberpostdirektor Schiffmann, Professor Szafarkiewicz, Hutmacher Ziegler, Kaufmann Krause, Kaufmann Max Kantorowicz, Professor Hensel, Konditor Pfitzner.

r **Ein Rußbrand** entstand Dienstag Abend auf dem Grundstücke Büttelstraße 18. Die Feuerwehr war rasch zur Stelle und löschte binnen wenigen Minuten den Brand. — Ebenso entstand am Montag nach 10 Uhr Abends ein kleiner Brand in einer Kellerwohnung des Hauses Langestraße 6, da in einem Kamine, über welchen ein Heizrohr hinweggeht, der Ruß in Brand gerathen war und den Strohsack und das Bettchen eines Kindes, welches auf einer Kommode neben der Kaminthür schlief, sich entzündet hatte. Der Brand wurde rechtzeitig bemerkt und gelöscht.

Fraustadt, 6. Februar. [Landwirthschaftsschule Unglücksfall.] Dem Vernehmen nach ist vom hiesigen Magistrat Herr Dr. Heine, z. Z. in Freyburg in Schles. als 4. Lehrer für die Landwirthschaftsschule gewählt worden. Damit ist die zur Errichtung einer zweiten Fachklasse nöthige Lehrkraft erworben, so daß also von Ostern ab der Anstalt nur noch die oberste Klasse fehlt, mit welcher dann ihre Organisation ihren Abschluß erreichen würde. Voraussichtlich wird Ostern 1880 die erste Entlassungsprüfung stattfinden können, deren Ausfall über die Berechtigung der Schüler zum einjährig freiwilligen Militärdienste entscheidet. — Dieser Tage gerieth auf unvorsichtige Art und Weise das beim Bauergutsbesitzer C. Linke in Oberpritschen in Diensten stehende Dienstmädchen Pfarr derartig in das Getriebe der Dreschmaschine, daß die Amputation der rechten Hand alsbald erfolgen mußte.

Mogilno, 5. Februar [Verkauf. Feuer. Benediktiner-Kloster.] Das Vorwerk Padniewo mit einem Areal von 903 Morgen ist dieser Tage von Frau Baronin v. Seydlitz auf Winiec an den Herrn Kasimir Rozanski zu Padniewo angeblich für den Preis von 141,000 Mark verkauft. — Vor 14 Tagen ist die von dem Windmüller Sommerfeld zu Olßa Dorf erst im vorigen Jahre neu erbaute Windmühle Abends in der 11. Stunde abgebrannt. Die Entstehungsursache ist bisher nicht ermittelt. — Das ehemalige benediktiner Kloster-Gebäude hierselbst, am südlichen Ende der Stadt unmittelbar am See auf einem Hügel belegen, wurde bei seiner Aufhebung theilweise der katholischen und evangelischen Schul-Gemeinde zu Schullokalen überwiesen. Theils des für Schulkinder weiten Ganges dahin, theils auch wohl wegen der bedeutenden Reparaturkosten, welche dieses Gebäude bedurfte, haben es die Gemeinden vorgezogen, Schulhäuser in der Stadt zu errichten, und seitdem diese Klosterräume mit Ortsarmen besetzt. Das ohnehin dem inneren Verfall nahe, schöne Gebäude, welches eine wesentliche Zierde des Orts bildet, wäre bald untergegangen, wenn nicht der städtische Hospital-Vorstand auf den guten Einfall gekommen wäre, solches für die Kosten des Ausbaues zu erwerben. Der letztere hat nunmehr im vorigen Sommer und Herbst nicht nur den Ausbau in gründlichster Weise bewirkt, sondern darin auch solche Einrichtungen getroffen, daß die ehemaligen Zellen ganz zweckmäßige und sehr anständige Wohnungsräume bilden, was alle Anerkennung verdient. Die Lokalitäten würden sich auch sehr gut für ein Gerichtshaus eignen, doch soll es bisher fraglich sein, ob ein Amtsgericht nach hier einen Sitz erhält. Auch der der katholischen Pfarrgemeinde verbliebene angrenzende Theil ist von derselben renovirt, nur die Klosterkirche und Vikarien-Wohnungen harren noch der höchstbedürftigen Reparatur.

Z **Kolmar i. P.**, 6. Februar. [Unfall.] Gestern, in der Mittagsstunde, verunglückte auf dem Neubau der Bahnstrecke zwischen Kolmar und Studzin, unmittelbar hinter einer ca. 6 Meter hohen Unterführung, ein mit Sand beladener aus 20 Kippkarren bestehender Arbeitszug, indem derselbe von dem ca. 5 Meter hohen hölzernen Ablaufsgerüste herunterstürzte. Die über und durcheinander gewürfelten Karren, oben auf die in senkrechter Lage befindliche Lokomotive boten ein Bild der Zerstörung dar. Wie groß der entstandene Schaden ist, läßt sich noch nicht feststellen; glücklicher Weise ist kein Mensch zu Schaden gekommen, da der Führer der Maschine wie auch die im Zuge befindlichen Bremser noch recht zeitig absprangen. Ob Zufall oder Unvorsichtigkeit diesen Unfall verschuldet, hat bis jetzt nicht ermittelt werden können.

L **Obersitzko**, 5. Februar. [Vorschußverein.] Gestern fand bei dem hiesigen Vorschußverein eingetragene Gonossenschaft, welcher seit 13 Jahre besteht, die jährliche Generalversammlung statt. Der erste Gegenstand der Tagesordnung, Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1877, wurde von dem Rendanten des Vereins, Kaufmann Louis Lasche vorgelesen und erläutert, sowie der Bericht der Revisions-Kommission. Hiernach hat sich herausgestellt: Der Bestand an Mitgliedern pro 1877 betrug 336. Ausgeschieden im Laufe des Jahres 23, mithin zählt der Verein am Jahresschlusse 313 Mitglieder, deren Guthaben 16,052 89 M. betrug, von welchen 14,019 M dividendenberechtigt sind. An Zinsen wurden 5 pCt. für Einlagen bewilligt, aber nur 6⅔ pCt. für Vorschüsse erhalten. Sowohl durch den für Vorschüsse erhobenen niedrigen Zinsfuß, als auch durch die in diesem Jahre namentlich schlechten Geldverhältnisse, konnte für das abgelaufene Jahr eine höhere Dividende nicht gewährt und selbst der Reservefonds nicht genügend bedacht werden. Der Kassenabschluß war 619,974,55 M Einnahme und ebensoviel Ausgabe; mithin ein Umsatz von 1,239,919,10 M. Der Reingewinn betrug 1056,37 M., von welchem 981,33 M. auf 14019 M. dividendenberechtigtes Guthaben, nachdem 75 M. zum Reservefonds gelegt, vertheilt, so daß 7 pCt. gewährt werden konnten. Der zweite Gegenstand, die Erhöhung der aufzunehmenden Darlehne wurde genehmigt. Bei der Neuwahl von 3 Aufsichtsrathsmitgliedern, welche statutenmäßig jährlich ausscheiden, wurden die Herren Ofenfabrikant W. Richter, Lehrer G. Lissner und Tuchfabrikant W. Kalisch wiedergewählt.

Lobsens, 5. Februar. [Bürgermeisterwahl.] Zur Wahl des Bürgermeisters hiesiger Stadt, welcher Posten im März erledigt wird, stand gestern Stadtverordnetensitzung an. Von 17 abgegebenen Stimmzettel lauteten 16 auf den Stadtkassenrendanten Genschmer in Driesen und einer auf den bisherigen Bürgermeister Noack. Ersterer ist somit gewählt. Der bisherige Bürgermeister Noack hatte sich hier dadurch unmöglich gemacht, daß er vor einiger Zeit bekanntlich die Auflösung einer Stadtverordnetensitzung durch einen Polizisten vornehmen ließ. Die Stadtverordnetenversammlung beschwerte sich damals dagegen bei der Regierung, konnte aber nur erwirken, daß Bürgermeister Noack mit einer Geldstrafe belegt wurde.

Aus dem Gerichtssaal.

Bromberg, 6. Februar. [Preßprozeß.] Vor der Kriminal-Abtheilung des hiesigen Kreisgerichts wurde heute der Redakteur der „Bromberger Zeitung", W. Mundscheid, wegen eines Preßvergehens zu einer Geldstrafe von 75 Mark verurtheilt. Der dem vorgenannten Vergehen zu Grunde liegende Thatbestand bezog sich auf eine Korrespondenz aus Nakel, durch die Kreis-Schul-Inspektor Dr. Nagel daselbst sich beleidigt fühlte, weil in derselben behauptet worden war, daß er einen 60jährigen Lehrer bei Gelegenheit einer Schulrevision geschlagen habe. Der Angeklagte war in Person erschienen und erklärte, vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht, daß er der Beleidigung nicht strafbar sei, wenn er den betreffenden Korrespondenten nenne, daß er den Einsender nicht nennen könne und die Verantwortlichkeit für den inkriminirten Artikel übernehme. Nachdem der Angeklagte darauf hingewiesen hatte, daß bei dem Wesen der Tagespresse und den Anforderungen an die Schnelligkeit der Berichterstattung der verantwortliche Redakteur in sehr vielen Fällen gar nicht in der Lage sei, weitaussehende Recherchen über einen gemeldeten Vorfall anzustellen, sondern, daß er sich sehr oft auf die Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit seiner Korrespondenten verlassen müsse, bestreitet er überhaupt, mit dem qu. Artikel eine Beleidigung begangen zu haben, da in einer redaktionellen Anmerkung der Vorgang als ein kaum „erklärbarer" bezeichnet worden sei. Im Gegentheil habe die Zeitungsnotiz zur Aufklärung der Sache und zur Rektifizirung von allerlei Gerüchten, die in der dortigen Gegend kolportirt worden seien, Veranlassung gegeben und zwar geradezu zum Vortheil des Klägers, der übrigens selbst zugesteht, um den Lehrer „herumgegriffen" und ihm das Klassenbuch mit einem „kräftigen Ruck entrissen" zu haben. Als einziger Zeuge tritt Schul Inspektor Dr. Nagel aus Nakel auf. Er bestreitet, den Lehrer Arndt geschlagen zu haben und erzählt den fraglichen Vorfall wie folgt: Am 4 Juni c. sei er nach L. gekommen, um die Schule des Lehrers A. daselbst, den er nicht für zuverlässig hielt, zu revidiren. Die Kinder waren, obwohl es erst 5 Minuten vor 10 Uhr war, bereits entlassen und das Schullokal verschlossen. Er habe darauf an die Thür des Lehrers gepocht, und als dieser ihm geöffnet, ihm Vorwürfe über das zu frühe Schließen der Schule gemacht. Im Schullokale habe er sich hierauf das Klassenbuch vorlegen lassen, dasselbe in Unordnung gefunden und zur Veranlassung weiterer Maßregeln gegen den Lehrer zu seinen Akten genommen. Ebenso habe er einen geschriebenen Stundenplan, — da nur dergleichen gedruckte in seinem Bezirk geführt werden dürften — von der Wand gerissen und zur Erde geworfen. Der Lehrer habe inzwischen das Klassenbuch, das Dr. Nagel, um es der Regierung einzureichen, zu seinen Akten gelegt hatte, wieder an sich genommen und hinter seinem Rücken verborgen. Da die kategorische Aufforderung zur Zurückgabe desselben fruchtlos geblieben sei, habe er, über diese Frechheit und Unverschämtheit des Lehrers empört, demselben das Buch mit einem kräftigen Rucke entrissen. Es sei nun die Frau des Lehrers herbeigekommen, welche ihm Vorwürfe darüber gemacht habe, daß er ihrem Manne so viel zusetze, worauf er sie aufgefordert habe, das Lokal zu verlassen. Nachdem der Vertreter der Staatsanwaltschaft hierauf seinen Strafantrag auf 50 Mark normirt, zog sich der Gerichtshof zurück und erkannte, wie oben gemeldet. (B. Z.)

Berlin, 5. Februar. Folgenden Rechtsfall, der namentlich für das reisende Publikum von besonderem Interesse sein dürfte, theilt die „K. Hart. Ztg." mit: Einem in das Westend Hotel in Berlin als Gast aufgenommenen Reisenden waren sämmtliche Kleidungsstücke (Stiefel, Hose, Weste und Rock nebst den darin befindlichen Handschuhen, seidenem Shawl und Taschentuch), welche der Gast des Abends vor die Thüre seines Logirzimmers auf dem offenen, für Jedermann zugänglichen Korridor zum Reinigen niedergelegt hatte, abhanden gekommen. Die von dem Gaste an den Wirth gerichteten Aufforderungen zum Ersatz des Schadens waren erfolglos. Der Gast mußte daher zur Klage (actio de recepto A. L.-R. II. 8 § 444 ff.) schreiten. Der erste Richter, das Stadtgericht zu Berlin, wies den Kläger deshalb ab, weil jeder Reisende seine Sachen auf denjenigen Plätzen niederzulegen habe, welche ihm angewiesen würden, und weil Kläger mit Rücksicht darauf, daß er die Sachen auf dem Korridor niedergelegt habe, hätte nachweisen müssen, daß der Schaden durch den Wirth oder dessen Leute entstanden sei. Diese Entscheidung hat indessen der zweite Richter, das Kammergericht, durchweg aufgehoben und den Verklagten vollständig nach dem Klageantrag verurtheilt. Es wird hierbei davon ausgegangen, daß der Wirth für die custodia im engeren Sinne einstehen müsse und für jeden Verlust und für jede Beschädigung, welche durch eine spezielle Beaufsichtigung der Sachen hätte vermieden werden können, verhaftet sei. Die bloße Thatsache der Einbringung der Sachen und ihres Verlustes aus dem Gewahrsam des Gasthofes begründe die Haftbarkeit des Gastwirthes. Irrelevant sei es, daß Kläger die Sachen auf dem Korridor niedergelegt habe, und ob dieser verschlossen oder nicht verschlossen gewesen sei.

Bonn, 5. Februar. „Die „Bonner Ztg." schreibt unterm 1. d.: „In der heutigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts kam der Prozeß gegen Steuerempfänger Aadam Hützer aus Münstereifel zur Verhandlung. Unter den Schriftstücken des Dr. Konitzer fanden sich Notizen aus Münstereifel, in denen die Gesinnungsart des dortigen Bürgermeisters Kemp in ehrenrührigster Weise dargestellt, derselbe des Ultramontanismus u. s. w. geziehen wird. Ein Geistlicher, so hieß es da u. A., sollte sogar behauptet haben, der Bürgermeister sei noch ultramontaner, als „Einer von uns selbst", und wenn er nur könne, würde er ganz anders handeln, als er in Folge seiner Stellung zu thun gezwungen sei. Eben diese vagen Notizen sind es, welche Konitzer, nachdem er vom Deutschen Verein aus seiner Stellung entlassen war, zu den berüchtigten und glücklicherweise mißlungenen Erpressungsversuchen benutzte, in Folge deren er vom hiesigen Zuchtpolizeigericht seiner Zeit verurtheilt wurde. Damals gab Konitzer als Quelle dieser Nachrichten den Steuerempfänger Hützer an. Auf Grund dieser Angabe nun wurde Hützer wegen Beleidigung des Bürgermeisters Kemp zur Verantwortung gezogen. In der heutigen Versammlung behauptet Hützer, er habe mit Konitzer nur eine allgemeine Unterhaltung gehabt, demselben aber keineswegs die in den fraglichen Notizen enthaltenen Beschuldigungen, und zwar weder schriftlich noch mündlich, mitgetheilt; er könne zwar nicht sagen, woher Konitzer die Anschuldigungen habe, aber es sei ihm von verschiedenen Seiten, sogar von Ultramontanen, mitgetheilt worden, daß die von Konitzer aufgestellten Angaben längere Zeit hindurch in den münstereifeler Wirthshäusern das Tagesgespräch gebildet hätten. Der eidlich als Zeuge vernommene Dr. Konitzer dagegen behauptet, nur mit Hützer gesprochen zu haben und auch nur einmal, und zwar am 26. April v. J., in Münstereifel gewesen zu sein. Dagegen geht aus den Aussagen zweier anderer Zeugen hervor, daß Konitzer auch am Mittwoch nach Pfingsten, also am 23. Mai v. J., in Münstereifel gewesen sei. Bürgermeister Kemp weist die in den Notizen Konitzer's gegen ihn erhobenen Beschuldigungen sehr entschieden von sich ab, Beschuldigungen, die, wie er erklärt, wenn sie wahr wären, ihn verächtlich machen und in den Augen jedes ordentlichen Menschen herabsetzen müßten. Der Vertheidiger des Angeklagten, Advokat-Anwalt Rath, betonte in seinem Plaidoyer, daß als Stütze der Anklage nur die Aussagen des Dr. Konitzer vorhanden seien, der ja noch vor Kurzem wegen Erpressungsversuchs verurtheilt worden sei. Er glaube nicht, daß die Aussagen eines solchen Menschen als genügender Beweis gegen einen bis jetzt unbescholtenen Beamten gelten könnten. Nach kurzer Berathung verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Hützer auf Grund der §§. 185 und 186 des Strafgesetzes zu 4 Wochen Gefängniß und in die Kosten.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Danzig**, 5 Februar. Die chemische Fabrik zu Danzig, Kommandit-Gesellschaft auf Aktien (R. Petschow, Gustav Davidsohn) hat im vorigen Jahre einen Reingewinn von 85,197,78 Mark erzielt, der ihr gestattet, nach reichlichen Abschreibungen (5 pCt. auf Gebäude, 10 pCt. auf Maschinen, 30 pCt. auf Geräthe, 50 pCt auf Mobilien und Laboratorium, 100 pCt. auf Telegraphenleitung) sowie nach statutenmäßiger Dotirung des Reservefonds eine Dividende von 6 pCt. an die Aktionäre zu vertheilen. Angesichts der im Allgemeinen derartigen Fabrik-Unternehmungen wenig günstigen Zeitverhältnisse wird dieses Resultat den Aktionären doppelt willkommen sein.

** **Chemnitz**, 6. Februar. [Produktenbericht von Herrm. Jastrow.] Weizen weiß 220—228 M., gelb 200—218 Mark. Roggen inländischer 154—159 Mk., fremder —,— Mk. Gerste Brau- 170—185 Mark, Futter- 130—140 Mk. Erbsen, Koch- —,— Mk., do. Mahl- u. Futter- —,— Mark. Hafer 140 bis 145 Mk. Mais 155—160 M. per 1000 Kilo Netto.

Vermischtes.

* **Ueber einen unheimlichen Fund**, welcher dieser Tage in der alten Kohlensieberei des Schachtes „Rhein-Elbe" gemacht wurde, wird aus Gelsenkirchen berichtet: Ein Arbeiter, der im Maschinenraum die im Fundament angelegte Vertiefung, in welcher das Schwungrad sich bewegt, zu reinigen hatte, stieß dabei auf einen Menschenschädel und bald darauf auf das Skelett eines Menschen. Das Gerippe war fast ganz von Fleisch entblößt, welches vermuthlich von den dort zahlreich hausenden Nagethieren abgefressen war. Nur die beiden Füße, welche noch in zwei Zugstiefeln steckten, waren noch gut erhalten. Bei der Leiche fand sich eine halb zerfetzte seidene Mütze und einige Lappen blaues Tuch. Im Schädel an der linken Schläfenseite zeigte sich ein Loch von der Größe eines Thalers. Ueber das hier augenscheinlich vorliegende Verbrechen kursiren jetzt folgende Gerüchte: In den letzten 4 Jahren sind hier, soviel bekannt geworden, 2 Personen verschollen. Zunächst ein Unterbeamter genannter Zeche, der damals wegen Lüderlichkeit entlassen werden mußte, sich dann noch kurze Zeit lang dort umhertrieb und schließlich spurlos verschwand. Mit größerer Wahrscheinlichkeit paßt jedoch die Leiche zu einem vor zwei Jahren verschwundenen Bergmann Kröger, der auf der Lohrhaide bei dem Bergmann K. in Logis war. Derselbe war ein sehr ordentlicher, fleißiger und sparsamer junger Mann von ca. 25 Jahren, der sich in sehr guten Verhältnissen befand. Er hatte sich verlobt und stand im Begriffe, sich zu verheirathen, als er eines Sonntags seinen im nahen Gelsenkirchen wohnenden älteren Bruder besuchte, von welchem Gange er nicht wieder zurückgekehrt ist. Vermuthlich ist er an diesem Tage ziemlich bei Kasse gewesen und ermordet worden und seine Leiche an den jetzigen Fundort geschleppt und dort verborgen. Schon damals war allen seinen Bekannten sein räthselhaftes Verschwinden unerklärlich, zumal er in geordneten Verhältnissen lebte und sogar auf Zeche „Holland" seinen letzten Monatslohn zurückgelassen hatte. Auffallenderweise hat sich damals der in Gelsenkirchen wohnende Bruder des Verschollenen, den er zuletzt besucht haben soll, kurz nachher erhängt.

* **Dem Tode entgangen** und doch dem Tode verfallen. Die „Trib." meldet: Die Müllersfrau aus der Polei-Mühle bei Finsterwalde erhielt bei dem Eisenbahn-Unglück zu Lübbenau einen Schlag an den Kopf, konnte aber ihre Geschäfte in Lübbenau noch besorgen, fuhr mit dem nächsten Zuge nach Kalau und kehrte daselbst im Gasthof „Zur Sonne" ein. Der Gasthofbesitzer redete ihr vergebens zu, in Kalau zu übernachten, die Frau wollte schleunigst nach Hause zurückkehren. Der Gasthofbesitzer ließ seinen Schlitten anspannen und die Frau nach dem Bahnhofe fahren. Unterwegs scheute das Pferd, der Schlitten schleuderte hin und her, die Frau ward hinaus und an einen Baum geworfen. Schwer verletzt brachte sie der Kutscher nach Kalau zurück, wo sie am 4. d. M. im Hospital an den erhaltenen Verletzungen verstorben ist.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Adolf Strodtmann, der unablässig bemüht ist, das deutsche Publikum durch vortreffliche Bearbeitungen mit den hervorragendsten Leistungen der modernen skandinavischen Literaturen vertraut zu machen, bietet uns neuerdings ein bedeutendes Buch des bekannten dänischen Dichters J. P. Jacobsen in: „Frau Marie Grubbe, Interieurs aus dem siebenzehnten Jahrhundert. Berlin. Otto Janke." Der Roman spielt in Dänemark in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, und entrollt, indem er den Lebenslauf einer vornehmen dänischen Dame in absteigender Linie schildert, ein meisterhaftes, außerordentlich sauber ausgeführtes Kulturbild jener Periode. Das Werk zeugt von eingehendem Detailstudium, was aber besonders hervorgehoben zu werden verdient, ist die Feinheit der psychologischen Entwickelung im Charakter der Heldin, welche trotz der abschüssigen Bahn, in die sie die pessimistisch-realistische Weltanschauung des Autors führt, den Leser Schritt für Schritt zum Mitempfinden und Mitleiden zwingt. Die Bearbeitung Strodtmann's darf dem Original an poetischem Reiz ebenbürtig zur Seite gestellt werden.

* Im Verlage des Literarischen Zentral-Bureau's, Berlin N. W. Unter den Linden 40 wird in nächster Zeit eine Brochüre von dem gegenwärtigen italienischen Ministerpräsidenten Francesco Crispi, betitelt: „Italienische Zustände", ein Ministerprogramm von Francesco Crispi mit dessen Biographie von Prof. Dr. Julius von Schanz und einem Vorwort von Christoph Wild erscheinen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 7. Febr. Der Reichstag wählte auf Antrag v. Windthorst (Meppen) das Präsidium und die Schriftführer der vorigen Session wieder. Das Herrenhaus genehmigte den Gesetzentwurf über die Exekutionsbefugnisse der Kommissarien für die bischöfliche Vermögens-Verwaltung in der Fassung des Abgeordnetenhauses unverändert, ebenso das Gesetz betreffend die Unterbringung der verwahrlosten Kinder und erledigte Petitionen.

Rom, 7. Febr. Im Befinden des Papstes ist in der Nacht die größte Verschlimmerung eingetreten. Der Papst empfing bereits die heiligen Sakramente. Der Kardinalvikar ist in den Vatikan berufen. Es sind Befehle erlassen, um den Eintritt in den Vatikan und den Austritt zu verhindern. Die auswärtigen Kardinäle sind telegraphisch herbeigerufen. In den hiesigen Kirchen ist das heilige Sakrament ausgestellt.

Rom, 7. Februar, 3½ Uhr Nachmittags. Das Ableben des Papstes wird jeden Augenblick erwartet; bald nach 1 Uhr trat der Todeskampf ein.

London, 7. Februar. Nach Mittheilung des Reuter'schen Bureaus war über die Nachricht der Morgenblätter von dem Einmarsche der russischen Truppen in Konstantinopel bis Vormittags 11 Uhr weder dem russischen noch dem türkischen Botschafter irgend welche Bestätigung zugegangen.

(Beilage.)

Konstantinopel, 29. Januar.

Das internationale Komité zur Hilfeleistung für die nach Konstantinopel Geflüchteten hat folgenden Aufruf erlassen:

Das Elend unter den nach Konstantinopel Geflüchteten ist entsetzlich. Mehr als 80,000 Einwohner der verschiedenen Provinzen des Reiches jeden Glaubens und Stammes sind in den letzten 10 Tagen in der Hauptstadt angelangt und jeder Tag bringt deren weitere Tausend. Die Mehrzahl derselben ist ohne Obdach und bei dem harten Winter ungenügend bekleidet, alle leiden Hunger. Diese Unglücklichen füllen die Moscheen, Kirchen, Schulen' Kasernen und Karavanserais. Der Sultan hat ihnen mehrere seiner Paläste überlassen. Die Reichen haben sie in ihre Häuser aufgenommen, aber an Nahrungsmitteln fehlt es fast gänzlich. Die Berichte aus Burgas, Aidos, Rodosto und Tschorlou lauten herzzerreißend. So befinden sich in Tschorlou mehr als 8000 Flüchtlinge, größtentheils Frauen und Kinder. Ein Augenzeuge, der zwei Tage dort zugebracht hatte, berichtet, daß während dieser Zeit mehr denn 200 vor Hunger und Kälte gestorben sind. Auf dem Hertransport sind zahlreiche Frauen und Kinder in den Eisenbahnzügen umgekommen; die Leichen sind durch die Fenster in den Schnee geworfen worden. Die Lage derer, die hier angekommen sind, ist keine bessere. Die der öffentlichen und privaten Wohlthätigkeit hierselbst zu Gebote stehenden Hilfsmittel sind sofort, nachdem sie bereits gestellt, erschöpft. Sie sind völlig unzureichend, um dies namenlose Elend, das sofortige Hilfe erheischt, zu lindern. Ein internationales Komité zur Hilfeleistung für die nach Konstantinopel Geflüchteten, bestehend aus den Konsuln der hier vertretenen Mächte, den Vertretern der fremden Gemeinden den angesehendsten Bankiers und Kaufleuten und den Zeitungskorrespondenten ist hierselbst in Wirksamkeit getreten. Ein Ausschuß ist gewählt, um in Europa und Amerika einen energischen und dringenden Aufruf an die Mildthätigkeit zu richten. Man giebt sich der lebhaften Hoffnung hin, daß er sofort erhört werden wird, denn es ist selten sich einem so ungeheuren Elend und so geringen Hilfsmitteln gegenüber zu befinden. Das internationale Komité hat einzig und allein die Aufgabe, die Geflüchteten, ohne Unterschied des Stammes und der Religion zu unterstützen.

Indem wir den bevorstehenden Aufruf des internationalen Komités zur Hilfeleistung für die nach Konstantinopel Geflüchteten veröffentlichen, fordern wir sämmtliche deutsche Zeitungen im Namen der Menschlichkeit auf, demselben die größtmögliche Verbreitung zu gewähren. Beiträge werden von Herrn F. Martin Magnus in Berlin und von allen Korrespondenten der kaiserlichen ottomanischen Bank angenommen.

Konstantinopel, den 25. Januar 1878. Gillet, deutscher Konsul, v. Haas, Direktor der ottomanischen Bank, Kühlmann, Direktor der rumelischen Bahnen, Dr. Weiß, ottomanischer Bergrath.

Konkurs-Eröffnung

im abgekürzten Verfahren.

Königliches Kreisgericht zu Posen,

den 5. Februar 1878,

Vormittags 12 Uhr.

Ueber den Nachlaß des am 14. Mai 1876 zu Skorzewo verstorbenen Probstes **Theodor Hejnich** ist der gemeine Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Königl. Auktions-Kommissarius **Ludwig Manheimer** zu Posen bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 19. Februar c.,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. 25 anberaumten Termine ihre Erklärungen über ihre Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder andern Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschulden, wird aufgegeben, von dem Besitz der Gegenstände bis zum

23. Februar cr. einschließlich

dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwanigen Rechte, ebendahin zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche an die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

28. Februar cr. einschließlich

bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämmtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen auf

den 13. März cr.

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Gerichtszimmer Nr. 25 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden der Rechtsanwalt **Mützel** und die Justizräthe **le Viseur** und **Pilet** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Die früheren Anmeldungen bei den Nachlaß-Akten werden im Konkurs-Verfahren nicht berücksichtigt.

In dem Konkurse über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft **Loga & Bielinski** zu **Posen** ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist bis zum

27. Februar cr.

einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht gemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom **12. Januar cr.** bis zum Ablauf der zeiten Frist angemeldeten Forderungen ist auf

den 9. März cr.,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem Kommissar des Konkurses im Konkurs-Bureau Nr. XI anberaumt, und werden zum Erscheinen in diesem Termin die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigen bestellen und zu den Akten anzeigen. Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte **Mehring**, **v. Jazdzewski** und **Klemme** zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Posen, den 26. Januar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe **Twardowo** unter Nr. 3 belegene, den **Woyciech** und **Franzisca** geb. **Mularska Kaczmarek**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 10 Hektaren 38 Aren 90 Quadratstab der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 98 Mark 4 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 45 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation am

Dienstag,

den 30. April 1878

Vormittags um 10 Uhr,

im Gerichtstags-Lokale zu Stenschewo versteigert werden.

Posen, den 23. Januar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhastationsrichter.

Keyl.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist bei Nr 142 das Erlöschen der Firma **M. H. Abraham** zu Chodziesen zufolge Verfügung vom 1. Februar a. c. heute eingetragen worden.

Schneidemühl, den 2. Februar 1878.

Königliches Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Die in unserem Firmen-Register unter der Nr. 29 eingetragene Firma:

J. A. Pyritz

in Gnesen ist durch Vertrag auf den Kaufmann **Ascher Pyritz** übergegangen und mit diesem Inhaber unter der Nr. 209 zufolge Verfügung vom 19. Januar 1878 wieder eingetragen worden.

Gnesen, den 26. Januar 1878.

Königliches Kreisgericht,

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann **Ascher Pyritz** von hier hat für seine hierselbst unter der Firma:

J. A. Pyritz

bestehende und unter Nr. 209 des Firmenregisters eingetragene Handels-Niederlassung den Kaufmann **Jacob Pyritz** hier zum Prokuristen bestellt, eingetragen zufolge Verfügung vom 19. Januar 1878 sub Nr. 23 des Prokuren-Registers am 22. Januar 1878.

Gnesen, den 19. Januar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist heute zufolge Verfügung vom 1. dieses Monats unter Nr. 173 die Firma:

Th. Weigt, Dampfbrauerei verschiedener Biere, in Pleschen

und als deren Inhaber:

der Brauerei-Besitzer **Theodor Weigt** in Pleschen

eingetragen worden.

Pleschen, den 2. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Nachstehendes Aufgebot.

Es ist das Aufgebot nachbezeichneter, angeblich abhanden gekommener Hypotheken-Dokumente, nämlich:

1. a) des Dokuments über die Post Wieczyn Nr. 10 Abtheilung III, Nr. 4 über 110 Thlr. zu 5 pCt. verzinslicher Erbegelder für **Martin Zielny**, vererbt auf die Wittwe **Elisabeth Zielna**, von dieser cedirt an den Kaufmann **Hirsch Brandt** und durch dessen Löschungsquittung in das Eigenthum des Besitzers **Michael Ciesielski** übergegangen, bestehend aus dem **Nicolaus Zielny**'schen Erbrezeß vom 14. Februar 1855, dem Eintragungsvermerk vom 20. Februar 1861 und dem Hypothekenbuchsauszug vom 15. Februar 1861;
   b) des Zweigdokuments über die von dieser Post an den Privatsekretär **Berthold Benjamin** durch notarielle Cession vom 23. Oktober 1860 abgetretenen 60 Thlr. nebst Zinsen, bestehend aus einer beglaubigten Abschrift des vorbezeichneten, dem Abzweigungsvermerk vom 15. Februar 1861 und dem Eintragungsvermerk vom 20. Februar 1861;
2. des Hypothekenbriefs über die auf dem Grundstücke Lenartowice Nr. 18 in Abtheilung III. Nr. 5 für **Anton Chrzyzostaniak** eingetragenen 200 Thlr. zu 6 pCt. verzinsliches Darlehn, bestehend aus dem Hypothekenbriefe vom 9. September 1874 nebst der Schuldurkunde vom 11. Februar 1873;
3. des Hypothekendokuments über die auf dem Grundstücke Pleschen Nr. 148 Abtheilung III. Nr. 2 für die Geschwister **Wronecki, Caroline** und **Rosalie** eingetragenen 134 Thlr. 15 Sgr. Vatererbtheil nebst 5 pCt. Zinsen, bestehend aus dem Erbrezesse nach **Johann Wronecki** rc. cont. den 15. November 1832, der Ingrossationsnote vom 15. April 1836 und dem Hypothekenscheine von selbem Datum,

behufs Löschung der betreffenden Posten beantragt worden.

Es werden deshalb alle Diejenigen, welche an die zu löschenden Posten und die darüber ausgestellten Instrumente als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber Anspruch zu machen haben, hierdurch aufgefordert, sich spätestens in dem auf

den 15. Mai 1878

Vormittags 10 Uhr

vor dem Kreisrichter **Calé** in unserem Gerichtsgebäude anberaumten Termine zu melden bei Vermeidung ihrer Präklusion und der Amortisation der Instrumente.

Pleschen, den 28. Januar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

An das hiesige Gericht sind eine Reihe gefundener Sachen und Gelder abgeliefert worden, deren Eigenthümer unbekannt geblieben sind. Die Eigenthümer werden aufgefordert, sich mit ihren Ansprüchen spätestens in dem Termine

am 20. März 1878

Vormittags 10 Uhr

bei Vermeidung des Verlustes ihres Rechtes sowie des Zuschlags an den Finder zu melden.

Das Verzeichniß der Fundsachen kann in unserem Bureau III. in den Vormittags-Dienststunden eingesehen werden.

Fraustadt, den 30. Janunr 1878.

Königliche Kreisgerichts-Deputation.

Bekanntmachung.

Der Bedarf an Materialien für die Chausseen des Baukreises Schroda, als 839 Kbm. Steine, 528 Kbm. Kies und 210 Kbm. Grand wird im Wege der Submission

am 22. Februar cr.,

Vormittags 10 Uhr,

in mehreren Loosen im Bureau des Unterzeichneten vergeben werden. Die Bedingungen können daselbst eingesehen oder gegen Einsendung von 50 Pf. bezogen werden.

Schroda, 5. Februar 1878.

Der comm. Kreisbaumeister.

v. Lukomski.

Auf dem Hofe der evangel. Pfarrwohnung hierselbst soll ein massiver Stallbau von 23 Met. Länge ausgeführt werden. Der Kostenanschlag beträgt 4118 Mark. Zur Ausgabe des Baues ist Termin auf

den 20. Februar d. J.

Nachmittags 2 Uhr

im Pfarrhause angesetzt. Der Zuschlag wird vorbehalten. Zeichnung und Anschlag liegen im Pfarrhause Vormittag von 10—12 Uhr zur Einsicht aus.

Rogasen, den 30. Januar 1878.

Die Bau-Kommission.

Bekanntmachung.

Das für die hiesige Garnison-Bäckerei pro Etatsjahr 1878/79 erforderliche Kochsalzquantum von prt. prt. 100 bis 130 Ctr. soll in öffentlicher Submission an den Mindestfordernden vergeben werden. Zu diesem Behufe ist auf

Montag

den 11. Februar d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserem Geschäftslokal ein Termin anberaumt, in welchem die bis dahin eingegangenen schriftlichen Offerten geöffnet werden.

Lieferungs-Bedingungen liegen bei uns zu Jedermanns Einsicht aus.

Posen, den 1. Februar 1878.

Königl. Proviant-Amt.

Bekanntmachung.

Zur Vergebung der Materialien-Lieferungen für Unterhaltung der Provinzial-Chausseen des diesseitigen Baukreises habe ich

Montag

den 25. Februar cr.

einen Termin in meinem Geschäftszimmer hierselbst anberaumt, und zwar

10 Uhr Vormittags

für die Chausseen von Bolechowo nach Rogasen bis zur Kreisgrenze, von Rogasen nach Samter und von Trojanowo nach Schokken.

2 Uhr Nachmittags

für die Chausseen von Ruda nach Tarnowo bis zur Kreisgrenze, von Ruda nach Pripkowo und von Obornik nach Pripkowo bis zur Kreisgrenze.

Die Bedingungen können vorher während der Dienststunden eingesehen werden.

Obornik, den 5. Februar 1878.

Der Kreisbaumeister.

Volkmann.

Submission.

Für die städtischen Schulen auf St. Martin Nr. 35 und Töpfergasse Nr. 10 sind für ca. 7000 M. Schulsubsellien erforderlich, welche durch öffentliche Submission vergeben werden sollen.

Offerten sind versiegelt mit der Aufschrift:

„Offerte auf Schulbänke rc."

versehen bis zum

12. d. Mts.,

früh 9 Uhr,

im technischen Bureau des Rathhauses einzureichen. Die Bedingungen liegen ebendaselbst vom 8. d. Mts. ab zur Einsicht aus.

Ueber- und Nachgebote bleiben unberücksichtigt.

Posen, den 7. Februar 1878.

Der Magistrat.

Auktion.

Im Auftrage des hies. Königl. Kreis-Gerichts werde ich heute Vormittag 10 Uhr, Wronkerplatz Nr. 1, 16 Stück Puten und 4 Enten gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Zindler,

Königl. Auktions-Kommiss.

Für ein kleines **Gut** wird ein Kapital von **18,000 Mark** auf 2. Hypothek gesucht; außerdem für den Betrag noch sichere Unterlage gegeben.

Offerten an die Exped. d. Ztg. unter **O. W.**

Eine Gutspacht,

die mit 10—15000 Thlr. zu übernehmen, wird zu sofort oder 1. Juli gesucht. Offerten erbitte **L. B.** Expedition der Pos. Ztg.

Ein Wald, Handelshölzer, mit auch ohne Grund und Boden, Prov. Posen, Preußen od. Schlesien gelegen, w z. kaufen gesucht. Reflec. wollen Offert. unter **C. 21** in der Exp. der **Ostdeutschen Presse, Bromberg** niederlegen.

Auf Grund des § 26 des Gen.-Gesetzes vom 4. Juli 1868 veröffentlichen hiermit unsere

Bilance

nach dem Abschlusse vom 31. Dezember 1877.

Aktiva.	M.	Pf.	Passiva.	M.	Pf.
Kassenbestand	2,225	86	Aufgenommene Darlehne gegen aus unserem Portefeuille weiter diskontirte Wechsel	6,800	—
Ausstehende Forderungen	121,375	65	Depositen von Privaten	70,300	70
Utensilien	257	4	Zinsen für Depositen pro 1877	3,028	80
			Einlage der Mitglieder .	35,943	56
			Auszuzahlende Dividenden-Antheile	2,674	5
			Reservefond	2,264	45
			Anticipando-Zinsen pro 1878	1,224	11
			Verwaltungskosten und Remunerationen . . .	1,622	88
	123,858	55		123,858	55

Die Zahl der Mitglieder betrug am 1. Januar 1877: 74
Im Jahre 1877 sind neu hinzugekommen . . . 13
87
Von diesen sind ausgeschieden 4
Es gehören also zum Verein . . . . . . 83 Mitglieder.

Grätz, den 6. Februar 1878.

Grätzer Disconto-Gesellschaft

(eingetragene Genossenschaft).

A. Herzfeld. B. Greiffenberg. R. Otto.

Posen-Creuzburger Eisenbahn.

Die Herren Actionaire der Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft werden hierdurch zu einer

außerordentlichen General-Versammlung

auf

Sonnabend den 2. März dieses Jahres, Vormittags 10 Uhr,

im kleinen Saale des Hotel Mylius zu Posen eingeladen.

Tagesordnung:

1. Genehmigung des mit der Deutschen Reichs- und Continental-Eisenbahnbau-Gesellschaft geschlossenen General-Vergleichs.
2. Beschlußfassung über die Aufnahme einer Prioritäts-Anleihe.

Zur Theilnahme an dieser Versammlung sind nur diejenigen Aktionaire berechtigt, die spätestens 10 Tage vor der Versammlung ihre Aktien **bei der Hauptkasse** der Gesellschaft in Posen **oder**

bei Herrn **S. Bleichröder** } in **Berlin**,
" " **Jacob Landau** }
" " **L. Behrens & Söhne** } in **Hamburg**,
" der **Norddeutschen Bank** }
" der **Breslauer Discontobank, Friedenthal & Co.** in **Breslau**

nach Maßgabe der Vorschrift in § 26 des Gesellschaftsstatuts deponiren.

Breslau, den 28. Januar 1878.

Der Aufsichtsrath

der Posen-Creuzburger-Eisenbahn-Gesellschaft.

Dr. Honigmann.

Monats-Uebersicht

vom 31. Januar 1878

— gemäss Art. 34 alin. 2 des Statuts. —

a)	Erworbene unkündbare hypothekarische und Rentenforderungen	M. 90,098,514.	67 Pf.
b)	Erworbene kündbare hypothekarische Forderungen	M. 4,436,750.	— -
c)	Ausgegebene unkündbare Pfandbriefe	M. 88,992,600.	— -
d)	Ausgegeb. kündbare Pfandbriefe	M. 2,785,000.	— -

Gotha, am 31. Januar 1878.

Deutsche Grundcredit-Bank.

von Holtzendorff. Landsky. R. Frieboes.

Versicherungs-Gesellschaft zu Schwedt.

Die im abgelaufenen Geschäftsjahr sowohl in der Hagel- als Feuerbranche erzielten ansehnlichen Ueberschüsse gestatten trotzdem der durch das Fallissement der Pommerschen Ritterschaftlichen Privatbank erlittene Verlust mit 25 Procent der betreffenden Forderung, als dem voraussichtlich höchsten Ausfall, gänzlich abgeschrieben worden ist, nicht nur eine reiche Verstärkung der Reservefonds, sondern auch die Vertheilung einer Dividende von 31 Procent der Prämie an die Mitglieder der Feuerabtheilung.

Die speziellen Ziffern des Geschäfts-Resultates pro 1877 sind folgende:

Feuerabtheilung.

Versicherungscapital.	Prämien-Einnahme.	Reservefonds.
407,392,384 M.	1,330,485 40 M.	518,263.04 M.
	Prämienreserve. 695,660 50 M.	

Hagelabtheilung.

Versicherungscapital.	Prämieneinnahme.	Reservefonds.	Ueberschuss.
140,226,181 M.	1,121,748.90 M.	398,674.70 M.	28,264,55 M.

Gegen das Vorjahr hat sich der Reservefond der Feuerabtheilung um 43,219.94 M., derjenige der Hagelabtheilung um 119,213.73 Mark vermehrt und ist bei Letzterer ausserdem ein Ueberschuss von 28,264.55 M. verblieben, welcher der Einnahme pro 1878 zu Gute kömmt.

Schwedt, den 3. Februar 1878.

Die Direktion.

Thierschau in Poln.-Lissa.

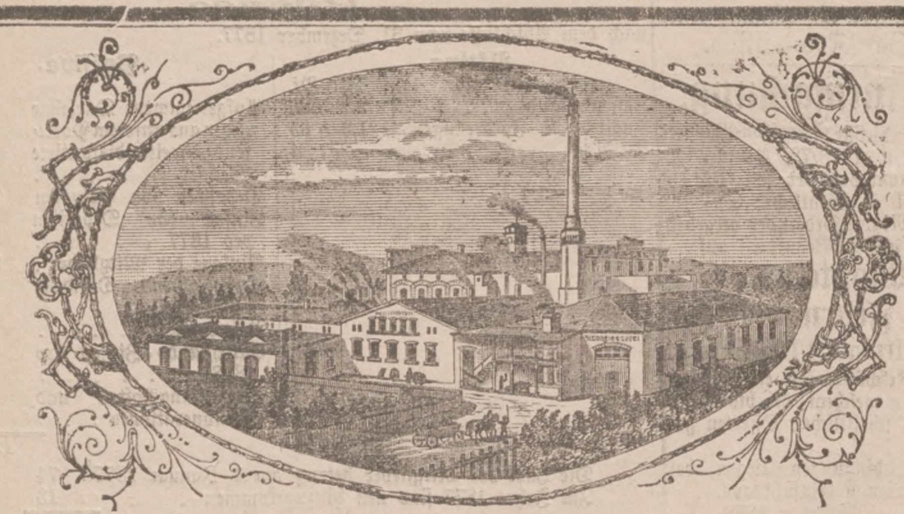
Am 23. und 24. Mai 1878

findet in Poln.-Lissa eine Thierschau mit Zucht- und Fettviehmarkt, sowie eine Ausstellung landwirthschaftlicher Maschinen, Geräthe und sonstiger landwirthschaftlicher Gegenstände statt.

Das landwirthschaftliche und gewerbtreibende Publikum ersuchen wir, bei der Ausstellung durch reichliche Beschickung sich zu betheiligen.

Das Programm ergiebt das Nähere.

Der Vorstand des landwirthschaftlichen Vereins der Kreise Kosten, Fraustadt und Kröben.



H. TH. KLOSE & COMP.,

Görlitz in Schlesien.

5 erste Medaillen — Gegründet 1855. — 5 erste Medaillen

Lager in Petersburg, Warschau, Moskau und Königsberg i. Pr.

FABRIK

für

Dampf-, Gas-, Wasseranlagen, Einrichtungen von Wasser-, Dampfheizungen.

Empfehlen:

Complette Einrichtungen von **Brennereien, Brauereien, Mineralwasserfabriken.**

Bierdruckapparate mit Kohlensäure oder gewaschener Luft, bereits an 2600 Stück geliefert.

Wasserheizungen, Dampfheizungen.

Wassersprengwagen für Strassen und Promenaden.

Feuerlöschspritzen und Hydrophore, an 1600 Stück geliefert.

Dampfpumpen, Luftpumpen, diverse Wasserpumpen.

Gasspritzen mit Manometer, aus verzinntem Kupfer, auf 20 Atmosphären probirt, bewährteste Construction

Verbesserte California- u. Noëlpumpen mit Kugelventilen, Broncekolben.

Rotirende Pumpen.

Alleinige Fabrik

für patentirte **Liebich**'sche **Gasregeneratoren** von 10—500 Flammen.

25—50 pCt. Ersparniss, je nach Beschaffenheit des Gases oder helleres Licht bei gleichem Gasverbrauch, neueste, seit 6 Monaten von ersten Gasfachmännern geprüfte und den Erfolg bestätigende Erfindung.

☞ Erfahrene cautionsfähige Vertreter, welche Prima-Referenzen beibringen können, für alle grösseren Städte Europas gesucht. ☜

Bekanntmachung.

An der neu zu reorganisirenden zweiklassigen Normalschule der evangelischen Gemeinde in Krakau, an welcher die Vortragssprache die deutsche sein wird, ist eine Stelle als

Klassenlehrer

zu besetzen.

Geeignete Bewerber, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, evangelischer Konfession, welche die Staatsprüfung bestanden und mit guten Zeugnissen versehen sind, werden aufgefordert, ihre Meldungen zu dieser Stelle bis spätestens

den 15. März d. J.

an den Unterzeichneten einzusenden.

Das jährliche Gehalt beträgt 800 Fl. ö. W. und 200 Fl. ö. W. Wohnungsentschädigung, und wird bei eintretender Pensionirung die Staatsnorm für Volksschullehrer zur Grundlage genommen.

Denjenigen Herren Bewerbern, welche sich durch eine besondere pädagogische Lehrthätigkeit hervorgethan und in ihren gegenwärtigen Stellungen ein höheres Gehalt, wie oben angegeben, beziehen, kann mit Genehmigung des Presbyteriums eine sofortige Erhöhung des Gehalts bewilligt, sowie die etwa zurückgelegten Dienstjahre bei der hierortigen Besetzung angerechnet werden.

Krakau, den 3. Februar 1878.

Das Presbyterium der evangelischen Gemeinde.

Im Auftrage:

Conr. Voss.

Hiermit beehre mich ergebenst anzuzeigen, daß ich die bisher von der Firma **Orłowski & Co.** in Posen verwaltete General-Agentur für Provinz Posen der **„Vesta" Lebensversicherungs-Bank a. G. zu Posen,** mit Anfang dieses Jahres nach meinem Austritt aus der genannten Firma für meine eigene Rechnung übernommen habe.

Gleichzeitig empfehle mich zur Entgegennahme von Versicherungsanträgen, Ertheilung von Auskünften, Prospekten 2c. nicht minder zur Empfangnahme von Beiträgen sowohl direkt durch mich, oder durch die in meinem Bezirke angestellten Spezial-Agenten.

Die General-Agentur der „VESTA" Lebensversicherungsbank a. G.

Z. Mazurkiewicz.

Posener Verein zur Unterstützung von Landwirthsch.-Beamten.

Die nach § 5 des Statuts alljährlich abzuhaltende **General-Versammlung** findet am **25. März d. J.**, Vormittags 11½ Uhr im **Kunkel**'schen Lokale, Ecke der Wasser- u. Jesuiten-Straße, hierselbst statt und werden hierzu die Mitglieder des Verwaltungsraths, sowie die von jeder Kreisversammlung zu wählenden Delegirten eingeladen.

Posen, den 6. Februar 1878.

Rosin,
Vorsitzender des Direktoriums.

---

2 starke Wagen- resp. Arbeitspferde, 7 und 8 Zoll groß, 8 und 10 Jahre alt sind für 125, resp. 175 Thaler in **Carlshof** bei Wronke, auch einzeln, zu verkaufen.

Ich suche **2 Güter** in guter Lage mit gutem Boden und Baustand bei 30- und 40,000 Thaler Anzahlung. Besitzer werden um Anschlag bei zeitgemäßer Forderung ersucht.

Berthold Köhler,
Breslau.
73. Tauenzienstraße.

Breslau, Taschenstr. 16. — **Allgemeine Annoncen-Expedition** — **Breslau, Taschenstr. 16.**

für alle Zeitungen der Erde

übernimmt: Aufträge und Ermittelungen, Commissionen **jeder** Art, Incasso, vermittelt Güter- und Häuser-Verkauf und Administration, sichere Unterbringung von Capital, Stellen für Landwirthschafts- und Forstbeamte.

Die Direktion der Allgemeinen Annoncen-Expedition.

F. Haertel,
Breslau. Taschenstr. 16.

Lupinen, Klee und Weizen

bedingen höchste Preise durch

Louis Hain,
Berlin C. Weinmeisterstr. Nr. 5.

Rügener sehr schönen Saathafer,

frco. Hof oder Bahnhof in größeren Ladungen a 7 M. 50 Pf. pro Ctr., u.

Altrigham weiß. grünköpfigen Mohrrüben-Samen,

ab Hof incl. Verpackung pro Centner 60 Mark, bei Entnahme von mindestens ¼ Ctr. verkauft Dom. **Weißenburg**, Reg.-Bez. Bromberg.

---

600 Ctr. Heu,

a Centner 2 M., zu verkaufen in

Ciesla bei Rogasen.

Kunst- u. Handelsgärtnerei u. Saamenhandlung von

Albert Krause,
Posen, Fischerei Nr. 7,

empfiehlt beim herannahenden Frühjahr alle zur Bestellung der Gärten und Ländereien nöthige Saamen u. Pflanzen, erlaubt sich auch das Blumengeschäft, sowie die Bouquet-Binderei in Erinnerung zu bringen. Preis-Verzeichnisse pro 1878 sende auf gefälliges Abverlangen franco u. gratis.

Albert Krause,
Kunst- u. Handelsgärtner.



Für Pferdebesitzer!
Patent-Schrot- und Quetsch-Maschine.
Durch Massenfabrikation mit Special-Maschinen
Nur 20—40 Mark.
Futter-Ersparniß 20-35 %
Maschine bald zahlend. Kein Hafer mehr im Mist als Spatzenfutter! Bessere Verdauung und schnellere Abfütterung. Für alle Arten Getreide u. Hülsenfrüchte verwendbar. Ganz von Eisen u. Stahl. Leistung 100 Pfd. Hafer, 250 Pfd. Mais, 350 Pfd. Malz 2c. per Stunde.
1000 Stück in 6 Monaten.
Auch größere Nummern. Verlanget Preiscourant, Zeugnisse und Referenzen.
Michael Flürscheim, Eisenwerk Gaggenau (Baden).

General-Vertretung:

S. J. Auerbach,
Posen.

Agenten werden gesucht.

Dem Herrn Kreisphysikus Dr. **Schaffranek** in **Samter**, der mir die am 27. Juni 1866 vor dem Feinde erhaltene (feindliche) Kugel, welche 11 Jahre 223 Tage in meinem Körper gewandert, am 5. Februar 1878 ohne bedeutende Schmerzen herausgenommen hat, sage ich dafür meinen herzlichen und innigsten Dank.

F. A. Manthey.

Ei des Columbus

gegen Pollution, unfehlbarer Apparat, von allen Aerzten empfohlen, verhindert die einzige Ursache, die schwächende Rückenlage im Schlafe. Sollte sich jeder Leidende anschaffen, der sich an gesunden Schlaf gewöhnen u. vor Blässe u. Schwindſ. bewahren will. Discret verpackt 5 M. Nachn. vom Bandagist **F. Ochernal, Dresden.**

Syphilis, Geschlechts-, Haut-, Frauenleiden, Pollut. u. Impotenz heilt briefl. ohne Berufsstörung gründl. u. schnell Dr. med. **Zilz**, Berlin, Prinzenstr. **65.**

Syphilis, Geschl.- u. Hautkrankheit. Schwächezust. (Pollut., Impot.) heilt m. sich. Erfolge, auch briefl Dr. **Holzmann**, Mühlenstr. 12 part.

Am 5. d. M. ist mir ein kleiner, schwarzer Pudel, (Hündin) auf den Namen „Mohr" hörend, verloren gegangen. Der Wiederbringer erhält angemessene Belohnung. Vor Ankauf w. gewarnt. **M. Cerekwicki**, Bäckermstr., Friedrichstr. 13.

Graben 7 sind v. 1. April c. 2 Wohnungen a 2 Stuben und Küche zu vermiethen.

Der **Tunnel** in der Bismarckstraße ist renovirt und kann am nächsten Sonntag wieder eröffnet werden. Restaurateure, welche den Bierausschank in demselben zu übernehmen wünschen, wollen sich gefl. b. **dem Brauerei-Direktor Schur,** Langner's Hotel, Zimm. Nr. 8 meld.

Ein junger Mann findet in meinem Kurzwaaren-Geschäft per 1. April Stellung.

Julius Ephraim, Breite Str. Nr. 20.

Wasserstr. 2, per 1. April im 3. St. 3 Stuben mit Zubehör für 120 Thlr.

Zum 1. April sind Wohnungen v. 2, 3, und 4 Zimmern mit Küche, Gas, Wasserl. und Zubehör, auch Pferdest. zu vermiethen bei **Machol**, Sandstraße 8.

Ein großer Laden mit angrenzender Wohnung, auch mit Kellerräumen und Remisen, ist vom 1. April ab zu vermiethen Wilhelmsstr. Nr. 13

Die diesseitige Gemeinde sucht per sofort, spätestens jedoch bis zum 1. April d. J. einen mit der התרת הוראה versehenen Vorbeter חזן und קורא Religionslehrer gegen ein Jahresgehalt von 1200 Mark, ungefähr 300 M. Nebeneinkommen und freier Wohnung.

Bewerbungen sind bis zum 20. Februar d. J. bei dem unterzeichneten Vorstande anzubringen. Reisekosten werden nur dem Gewählten erstattet.

Bojanowo, den 27. Jan. 1878.

Der Vorstand der israelitischen Corporation.

Louis Landsberg.

Die **Brennerstelle** unter L. N. 20. ist besetzt.

Vom 1. April cr. such ich eine erfahrene, geprüfte musikalische

Lehrerin

für drei kleine Mädchen.

L. Neitzke,
Rittergutsbesitzer auf **Victorsau** bei Lobsens, Prov. Posen.

Ein arbeitssamer **Torfmeister** sucht Stellung. Zu erfragen Venetianerstraße Nr. 16.

Annonce.

Ein j., unverh. **Mann**, m. Verm. 12,000 Mk., m. g. Zeugnissen, welcher Konditorei, Bäckerei gründlich erlernt, in Berlin in Hofkonditoreien konditionirt gewesen, sucht ein gangb. Geschäft, wenn auch Restauration, in einer belebten Stadt zu kaufen oder zu pachten. Offerten abzugeben in der Exped. d. Ztg. per Adr. **E. St.**

Ein junger Landwirth,

aus sehr guter Familie, dem die besten Zeugnisse zur Seite stehen, sucht, gestützt auf dieselben, eine Stellung als erster Beamter, wowöglich unter Leitung des Prinzipals, in der Provinz Posen. Gef. Offerten unter **F. 737** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Ich wünschte gern einen tüchtigen **Barbiergehilfen,** aber sobald als möglich. Zu erfragen beim Barbier Herrn **W. Voigt** in Birnbaum.

Die in der Beilage der Zeitung Nr. 85- 88. als vacant genannte **Försterstelle** ist besetzt.

Es werden noch einige **Pensionäre** gesucht. P. 120 Thlr. Elterliche Pflege und Beaufsichtigung der Schularbeiten werden gewissenhaft zugesichert.

Adresse unter **M. O.** Expedition dieser Zeitung.

Tüchtiger Agent

zur Vertretung einer leistungsfähigen Parfümerie- und Toiletteseifenfabrik für Prov. Posen gesucht. Gefl. Adr. sub B. B. Exped. d. Pos. Ztg.

Pension.

Junge Mädchen (v. 8—14 Jahren), welche eine d. hies. Töchterschulen besuchen woll., finden unter billigen Beding. Aufnahme u. liebevolle Behandlung. Das Näh. in der Exped. d. Posener Zeitung.

Ein **Kunstgärtner**, 25 Jahr alt, in Berlin ausgebildet, mit vorzüglichen Zeugnissen versehen, sucht Stellung. Zu erfragen bei Lehrer **Perlick** in Siebenschlößchen bei Margonin.

Ein praktisch. Destillateur

findet sofort unter günstigen Bedingungen Stellung. Off. sub **A. B.** bei **Rudolf Mosse** in **Posen** abzugeben.

Ein **Lehrling**, der die Bäckerei erlernen will, kann sofort eintreten bei **J. Frost**, Gr. Gerberstr. 46.

Ein tüchtiger

Maschinenmeister,

der in den letzten drei Jahren eine Dampf-Mehl-Mühle geleitet und die betreffenden Reparaturen selbst bewirkt hat, auch von seinem jetzigen Prinzipal empfohlen wird, sucht zum 1. April anderweitiges Unterkommen.

Adressen sub A. B. Czempin postlagernd.

Ein im Polizeifach routinirter, der polnischen Sprache mächtiger deutscher

Bureaugehilfe

aus anständiger Familie, mit guten Zeugnissen, wird zum sofortigen Antritt gesucht. Meldungen unter **G. S.** an die Expedition dieser Zeitung.

Ein junger Kaufmann,

gelernter Materialist, mit der Destillation und Buchführung vertraut, sucht unter bescheidenen Ansprüchen zum 1. April d. J. anderw. Stell. Gefl. Adr. bitte unter **A. R. P.** postlagernd Stargard i. Pomm. abzugeben.

Familien-Nachrichten.

Statt jeder besonderen Meldung.

Rosa Löwenthal,
Salomon Bauchwitz.
Verlobte.

Gr. Glogau. — Breslau.

Die Verlobung unserer Tochter **Anna** mit dem prakt. Arzte Herrn **Dr. S. Alexander** hierselbst beehren wir uns hierdurch ergebenst anzuzeigen.

Berlin, im Februar 1878.

Commissions-Rath **J. Goldmann** und Frau.

Anna Goldmann,
Dr. S. Alexander,
Verlobte.

Heute Nacht starb unser innigst geliebter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Heimann Borchert

im beinahe vollendeten 88. Lebensjahr.

Um stille Theilnahme bitten

Die Hinterbliebenen.

Posen, den 7. Februar 1878.

Die Beerdigung findet Freitag den 8. d. M., Nachmittags 2 Uhr, statt.

Heute früh verschied plötzlich am Herzschlage unser lieber Gatte, Vater, Bruder, Schwager, Onkel und Großvater

Ludwig Krupski

im Alter von 62 Jahren. Dies zeigen statt besonderer Meldung an **die tiefbetrübt. Hinterbliebenen.**

Posen, den 7. Februar 1878.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 9. d. Mts. 3 Uhr Nachmittag vom Leichenhause auf der Halbdorfstraße aus statt.

Heute Abend **polnische Karpfen** mit **Sauerkraut.**

F. W. Mewes.

Freunde der Wissenschaft und Geselligkeit.

Sonnabend, d. 9. Februar 1878.

Theater und Kränzchen.

Anfang **präcise 8 Uhr.**

Das Komite.

Im Hippodrom.

Auf dem Kanonenplatz.

Täglich großes **Corso-Reiten.**

Anfang Abends 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Um zahlreichen Zuspruch bittet

W. Bartling.

Handwerker-Verein.

Sonnabend, 9. Februar, 8 Uhr Abends, im großen Lambert'schen Saale.

Stiftungsfest-Kränzchen.

Verein für Geselligkeit.

Freitag, den 8. Febr., 8 Uhr A.

Ballotage.

B. Heilbronns Volksgarten-Theater.

Freitag den 8. Februar:

Börsenschwindel.

Große Posse mit Gesang und Tanz.

Interims-Theater.

Freitag den 8. Februar. **Ein Lustspiel.** Lustspiel in 4 Aufzügen von Roderich Benedix.

Sonntag den 10. Febr. **Größenwahn.** Lustspiel in 4 Akten von Rosen.

Die Direktion.

Druck und Verlag von W. [illegible] u. [illegible] in Posen.